



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

16. Jahrgang · Heft 4

April 1964

Grafik des Monats: Kreisvergleich

Aufsätze:

Preisdifferenzen in Kiel und Umland
Erwerbstätigkeit 1963
Getreideernten 1961 und 1962
Güterumschlag in den Häfen 1962
Öffentliche Straßenverkehrsmittel
Lastenausgleich 1961 bis 1963

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

DIE KONJUNKTUR IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

| | | 1962/63 | 1963/64 | Veränderung |
|--|---------------|---|---------|-------------|
| | | Monatsdurchschnitt September bis Januar ¹ | | in % |
| INDUSTRIE | | | | |
| Produktionsindex ² | 1950 = 100 | 293 | 313 | + 7 |
| Beschäftigte ³ | 1 000 | 176 | 173 | - 2 |
| Umsatz ^{3 4} | Mill. DM | 677 | 713 | + 5 |
| Geleistete Arbeiterstunden ^{3 5} | Mill. Std. | 24 | 24 | - 3 |
| BAUWIRTSCHAFT UND BAUTÄTIGKEIT | | | | |
| Geleistete Arbeitsstunden ⁶ | Mill. Std. | 8,7 | 9,7 | + 11 |
| Zum Bau genehmigte Wohnungen ⁷ | Anzahl | 2 127 | 2 024 | - 5 |
| HANDEL | | | | |
| Ausfuhr | Mill. DM | 95,7 | 102,0 | + 7 |
| Ausfuhr ohne Schiffe | Mill. DM | 60,3 | 74,6 | + 24 |
| Einzelhandelsumsatz | 1962 = 100 | 110 | 111 | + 2 |
| VERKEHR | | | | |
| Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge | Anzahl | 4 197 | 4 243 | + 1 |
| PREISINDEXZIFFERN (Bundesgebiet) | | | | |
| Einkaufspreise für Auslandsgüter | 1950 = 100 | 93,7 | 96,3 | + 3 |
| Preise ausgewählter Grundstoffe | 1950 = 100 | 100,3 | 102,7 | + 2 |
| Erzeugerpreise | | | | |
| industrieller Produkte | 1950 = 100 | 103,3 | 104,0 | + 1 |
| landwirtschaftlicher Produkte ⁸ | 1950/51 = 100 | 104,0 | 108,8 | + 5 |
| Lebenshaltungsindex ⁹ | | | | |
| insgesamt | 1958 = 100 | 109,2 | 112,6 | + 3 |
| Ernährung | 1958 = 100 | 107,7 | 111,1 | + 3 |
| GELD UND KREDIT | | | | |
| Bestand an | | | | |
| kurzfristigen Krediten ¹⁰ | Mill. DM | 1 623 | 1 748 | + 8 |
| mittel- und langfristigen Krediten ¹¹ | Mill. DM | 3 967 | 4 616 | + 16 |
| Spareinlagen ¹² | Mill. DM | 1 948 | 2 269 | + 17 |
| STEUERAUFKOMMEN | | | | |
| Umsatzsteuer ¹³ | Mill. DM | 48 | 47 | - 1 |
| Landessteuern ¹⁴ | Mill. DM | 70 | 80 | + 14 |
| Veranlagte Einkommensteuer | Mill. DM | 38 | 43 | + 12 |
| Lohnsteuer | Mill. DM | 40 | 46 | + 14 |

1) bei "Geld und Kredit": August bis Dezember 2) Gesamtindustrie mit Energieerzeugung (ohne Bau) 3) in Betrieben mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten 4) einschl. Verbrauchssteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 5) einschl. Lehrlingsstunden 6) nach den Ergebnissen der Totalerhebung für alle Betriebe (hochgerechnet) 7) in Wohngebäuden und Nichtwohngebäuden (Neubau und Wiederaufbau, ab 1963 einschl. Umbau ganzer Gebäude) 8) Wirtschaftsjahr Juli bis Juni 9) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit einem Verdiener; Lebenshaltungsausgaben von rund 570 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1958 10) an die Nichtbankenkundschaft 11) an die Nichtbankenkundschaft; einschl. durchlaufender Kredite 12) Einlagenbestand am Monatsende 13) einschl. Umsatzausgleichsteuer 14) einschl. Landesanteil an den Einkommensteuern



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

16. Jahrgang · Heft 4

April 1964

Aktuelle Auslese



MEHR INDUSTRIEBESCHÄFTIGTE IN DEN KREISEN ALS IN DEN KREISFREIEN STÄDTEN

Ende September 1963 waren in den 17 Kreisen Schleswig-Holsteins erstmalig mehr Personen in der Industrie tätig als in den vier kreisfreien Städten.

| | Beschäftigte | | Veränderung in % |
|--------------------|--------------|-----------|---------------------|
| | 30.9.1962 | 30.9.1963 | |
| | in 1 000 | | |
| Kreisfreie Städte | 91,2 | 87,5 | - 4 |
| Kreise | 90,4 | 92,5 | + 2 |
| Schleswig-Holstein | 181,6 | 180,0 | - 1 |

VOLKSSCHÜLER OHNE ABSCHLUSS



Ostern 1963 wurden aus den öffentlichen Volksschulen Schleswig-Holsteins 18 300 Schüler nach erfüllter Schulpflicht entlassen. Von diesen Schülern erhielten 68 % das Abschlußzeugnis der Volksschule; fast ein Drittel der Schüler verließ die Volksschule ohne Abschluß. Während von den Mädchen 71 % das Ziel der Volksschule erreichten, waren von den Jungen nur 65 % erfolgreich. – Von den Schulentlassenen kamen 69 % aus der 9. Klasse, 20 % aus der 8. Klasse, 8 % aus der 7. Klasse und 3 % aus einer noch niedrigeren Klasse.



DIE HEIMGEKEHRTEN KRIEGS- GEFANGENEN, ZIVILINTERNIERTEN UND -VERSCHLEPPTEN

Am Stichtag der letzten Volkszählung im Jahre 1961 wurden in Schleswig-Holstein

rund 200 000 Personen gezählt, die als Kriegsgefangene, Zivilinternierte oder -verschleppte des 2. Weltkrieges im Gewahrsam fremder Staaten gelebt hatten. Gemessen an der Zahl der ehemaligen Kriegsgefangenen, die allein mehr als 181 000 Personen stellen, ist die Zahl der Zivilinternierten mit rund 13 000 und die der Zivilverschleppten mit 5 000 gering. – Die meisten Kriegsgefangenen (36 %) befanden sich die längste Zeit ihrer Gefangenschaft in englischem Gewahrsam, an zweiter und dritter Stelle folgen die Vereinigten Staaten von Amerika (25 %) und die Sowjetunion (23 %). In französischer Gefangenschaft waren 8 % aller Kriegsgefangenen.

DURCHSCHNITTLICHE LEBENSERWARTUNG DER BEVÖLKERUNG

Nach einer Berechnung des Statistischen Bundesamtes hatte ein neugeborener Junge in der Bundesrepublik ohne Berlin 1961/62 eine durchschnittliche Lebenserwartung von 67 Jahren und 1 Monat und ein neugeborenes Mädchen eine von 72 Jahren und 7 Monaten. Zwischen den beiden Geschlechtern besteht somit ein Unterschied der Lebenserwartung von 5 ½ Jahren zugunsten der Frauen.

GUTE ENTWICKLUNG DER SPAREINLAGEN



Der Bestand an Spareinlagen bei den schleswig-holsteinischen Kreditinstituten dehnte sich 1963 um beinahe ein Fünftel auf 2,36 Mrd. DM aus. Damit hielt Schleswig-Holstein mit der Entwicklung im übrigen

Bundesgebiet Schritt, es konnte jedoch nicht seinen bisherigen Rückstand gegenüber dem Bundesdurchschnitt aufholen. In Schleswig-Holstein betragen die Spareinlagen fast 1 000 DM je Einwohner.

Aus dem Inhalt

Preisdifferenzen in Kiel und Umland

Seite 79

Das Statistische Landesamt hatte die Aufgabe, die Frage zu klären, ob man in einer Großstadt oder in ihrem Umland billiger lebe. Da es für die Lösung dieses speziellen Problems keine statistischen Unterlagen gibt, wurde beschlossen, daß am Beispiel der Landeshauptstadt Kiel und der umliegenden Gemeinden durch Interviews bei den Ladeninhabern festgestellt werden sollte, ob die Verbraucherpreise der lebensnotwendigen Waren in Stadt und Umland differieren. Im Laufe des Oktober 1963 wurden in Kiel und seinem Umland zu diesem Zweck bei rund 100 Lebensmittelgeschäften, 70 Bäckereien, 60 Schlachtereien und 40 Textilgeschäften Verkaufspreise erfragt. Eine Auswertung dieser Preise ergab, daß man für die einbezogenen Nahrungsmittel im Stadtinnern 1,5 % bis 2,5 % mehr ausgeben muß als im Randgebiet und im Umland. Das Preisgefälle von der Innenstadt zum Umland ist am auffälligsten bei Fleisch und Wurstwaren zu beobachten. Bei den übrigen Nahrungsmitteln sind die Preisunterschiede in den einzelnen Zonen von geringerer Bedeutung.

Erwerbstätigkeit 1963

Seite 81

Die Zahl der Erwerbstätigen in Schleswig-Holstein setzte sich im April 1963 – nach den Ergebnissen aus dem Mikrozensus – aus 648 000 Männern und 349 000 Frauen zusammen. Von den Männern zwischen 15 und 65 Jahren waren 90 % erwerbstätig und von den gleichaltrigen Frauen 42 %. – Von den 997 000 Erwerbstätigen waren knapp zwei Fünftel im produzierenden Gewerbe tätig, gut ein Viertel arbeitete in einem Dienstleistungsbetrieb und bei Behörden, über ein Fünftel übte eine Erwerbstätigkeit im Bereich "Handel und Verkehr" aus, und in der Land- und Forstwirtschaft arbeitete etwas mehr als ein Achtel aller Erwerbstätigen. – Von den Erwerbstätigen waren 788 000 in abhängiger Stellung, 128 000 waren selbständig und 81 000 galten als mithelfende Familienangehörige. – Rund 886 000 Personen, das sind 89 % der Erwerbstätigen, bestritten ihren Lebensunterhalt überwiegend aus Erwerbseinkommen.

Getreideernten 1961 und 1962

Seite 84

Im Jahre 1961 wurden in Schleswig-Holstein infolge der ungünstigen Witterung nur 1,14 Mill. t Getreide geerntet und im Jahre 1962 1,26 Mill. t. Das Ernteergebnis von 1962 übertraf den Durchschnitt der Jahre 1954 bis 1961 um 6 %. – In beiden Berichtsjahren ging der Anteil des Brotgetreides entsprechend einer bereits seit mehreren Jahren sich anbahnenden Entwicklung zugunsten des Futtergetreides weiter zurück. – Die durchschnittlichen ha-Erträge bei Getreide sind seit 1950 ständig angestiegen. – Die Getreideverkäufe erfolgen in zunehmendem Maße direkt vom Feld und konzentrieren sich immer mehr auf die Monate Juli bis Oktober. – Im Gegensatz zum Brotgetreide reichen die Verkäufe der Landwirtschaft an Futter- und Industriegetreide nicht aus, den Marktbedarf zu decken. Der größte Teil des Futtergetreides wird an die Mischfutterindustrie verkauft. Der größte Bedarfsträger für Getreide ist die Landwirtschaft selbst.

Güterumschlag in den Häfen 1962

Seite 90

In Schleswig-Holstein gibt es 15 Häfen, von denen jeder einzelne im Jahre 1962 einen Güterumschlag von mindestens 100 000 t hatte. Diese Häfen bewältigten 1962 neun Zehntel des Gesamtumschlages des Landes. – Den größten Umschlag unter allen schleswig-holsteinischen Häfen hat Lübeck. Über ein Viertel des Empfanges und fast ein Fünftel des Versandes von Schleswig-Holstein gehen durch seinen Hafen. Es besitzt auch die stärksten Auslandsbeziehungen. Entsprechend seinen weltweiten Beziehungen ist Lübecks Hafenumschlag auf viele Hauptgütergruppen verteilt. Der Hafen Brunsbüttelkoog wird durch den Ölumschlag bestimmt. Den nächst umfangreichen Umschlag haben die Sandplätze am Elbe-Lübeck-Kanal zwischen Lauenburg und Mölln. Als letzter der Häfen mit über 1 Mill. t Leistung folgt Kiel.

Öffentliche Straßenverkehrsmittel

Seite 94

Die Verkehrsleistungen der öffentlichen Straßenverkehrsmittel in Schleswig-Holstein haben auch in den Jahren 1961 und 1962 weiter zugenommen. Die Zahl der von Straßenbahnen, Omnibussen und Obussen beförderten Personen betrug im Jahre 1962 188 Mill. Damit sind 1962 6 Mill. Personen mehr befördert worden als 1960. Die meisten Fahrgäste, nämlich 140 Mill., hatten die Omnibusse.

Lastenausgleich 1961 bis 1963

S. 96

Das Aufkommen der Lastenausgleichsabgaben in Schleswig-Holstein hat sich in den letzten Jahren günstig entwickelt. – Die Leistungen aus dem Lande Schleswig-Holstein an den früheren Soforthilfefonds und den Ausgleichsfonds haben nunmehr – der Zeitraum umfaßt die Jahre 1949 bis 1963 – den Betrag von 1,4 Mrd. DM überschritten. Von diesem Betrag sind 1,2 Mrd. DM von den Abgabepflichtigen unmittelbar aufgebracht worden. – Zu den Leistungen des Ausgleichsfonds durch die Amtskassen gehören die Kriegsschadenrente, die Hausratentschädigung, die Ausbildungshilfe und die Heimförderung. Im Jahre 1963 erhielten in Schleswig-Holstein rund 40 400 Familien Unterhaltshilfe, etwa 29 200 Entschädigungsrente. Von den Auszahlungen an Unterhaltshilfe im Bundesgebiet entfielen 7,9 % auf Schleswig-Holstein. Die Auszahlungen für die Hausratentschädigung sind erwartungsgemäß weiter rückläufig. Für die Ausbildungshilfe sind die Auszahlungen in den Jahren 1961 und 1962 weiter zurückgegangen. Die Zahl der zu Fördernden hat auch 1963 abgenommen. Für die Heimförderung stehen noch geringe, bereits geplante Restbeträge zur Verfügung. – Zu den Leistungen des Ausgleichsfonds durch Geldinstitute gehört der Wohnungsbau. Der Wohnungsbau für die Geschädigten hat auch in den letzten Jahren nicht an Bedeutung verloren. – Die Gewährung von Aufbaudarlehen für die gewerbliche Wirtschaft und die freien Berufe endet nach der derzeitigen Gesetzeslage am 31. 3. 1964. – Die Auszahlungen auf Grund des Währungsausgleichsgesetzes fallen kaum noch ins Gewicht. – Die Ausgaben in den Jahren 1961 bis 1963 sind im wesentlich größeren Umfang als vorher durch die Erfüllung der Hauptentschädigung gekennzeichnet. Bis Ende 1963 waren in Schleswig-Holstein fast 344 000 Anträge für Vermögensschäden eingegangen. Von diesen Anträgen waren bis zu diesem Zeitpunkt 89 % endgültig entschieden.

Preisdifferenzen in Kiel und Umland

Die Fragestellung

Dem Statistischen Landesamt war im Rahmen eines umfangreichen Problemkomplexes die Frage gestellt worden, ob man in einer Großstadt oder in ihrem Umland billiger lebe. Das Studium der einschlägigen Fachliteratur und eine Anfrage im Statistischen Bundesamt ergaben, daß es für dieses spezielle Problem keine statistischen Unterlagen gibt. Die vorhandenen Ergebnisse der Preisstatistik und der Statistik des privaten Verbrauchs konnten nicht verwertet werden, da sie regional bei weitem nicht tief genug gegliedert sind. Die untersuchte Frage konnte demnach, wenn überhaupt, nur über eine spezielle Erhebung einer Lösung näher gebracht werden. Es wurde daher beschlossen, daß am Beispiel der Landeshauptstadt Kiel und der umliegenden Gemeinden durch Interviews bei den Ladeninhabern festgestellt werden sollte, ob die Verbraucherpreise der lebensnotwendigen Waren in Stadt und Umland differieren. Die Frage im weiteren Sinne, nämlich wie sich die Verbrauchsstrukturen und Einkaufsgewohnheiten in einer Großstadt und ihrer Umgebung unterscheiden, mußte beiseite gelassen werden, weil sie nur über eine umfangreiche Befragung der privaten Haushalte beantwortet werden kann. Aus dem gleichen Grund mußte auch von einem Vergleich der Wohnmieten abgesehen werden.

Zur Erhebung

Die Auswahl der für den Preisvergleich in Frage kommenden Waren wurde von verschiedenen Gesichtspunkten her eingeschränkt:

1. Es hatte keinen Zweck, Markenartikel einzubeziehen, da sie für gewöhnlich preisgebunden sind und somit in Stadt und Umland die gleichen Verkaufspreise haben. Deshalb wurden die Drogerien und Elektrogeschäfte überhaupt nicht in die Preiserhebung einbezogen; denn das Sortiment dieser Einzelhandelsbranchen besteht weitgehend aus Markenartikeln.
2. Es hatte keinen Zweck, Waren einzubeziehen, die im Umland nicht oder nur ganz vereinzelt angeboten werden, wie z. B. Möbel und andere langlebige Gebrauchsgüter. Diese Waren kaufen die Städter und Umlandbewohner in den Fachgeschäften und Kaufhäusern der Stadt oder beim Versandhandel zu gleichen Preisen.
3. Leider konnten die Preise von Obst und Gemüse in dem für die Erhebung zur Verfügung stehenden Zeitraum von einem Monat nicht ausreichend erfaßt werden, weil sie sehr

schwanken und deshalb mindestens während der ganzen Saison, in der sie jeweils angeboten werden, erfragt werden müßten, wenn man brauchbare Ergebnisse erzielen wollte. Die Preise einiger Obst- und Gemüsearten, wie z. B. Weintrauben, Apfelsinen und Tomaten, die probeweise mit erfaßt wurden, zeigten von Woche zu Woche und teilweise sogar von Tag zu Tag derartige Schwankungen, daß ein regionaler Preisvergleich in dieser kurzen Zeit und mit nur einem Preisermittler völlig unmöglich war.

4. Die Aufbereitung der erhobenen Textilpreise hat gezeigt, daß auch auf dem Textilsektor leider kein regionaler Preisvergleich möglich ist, weil im Kieler Umland und in einigen Stadtteilen zu wenig qualitativ vergleichbare Artikel angeboten werden. Dennoch war die Erhebung dieser Preise nicht umsonst, weil man bei den Besuchen der Textilgeschäfte erfuhr, daß ein beachtlicher Teil des Textilangebotes Markenartikel sind, die zu gebundenen Preisen verkauft werden. Dies ist vor allem bei Unterwäsche, Miederwaren und Strümpfen der Fall.

Im Laufe des Oktober 1963 wurden in Kiel und seinem Umland bei rund 100 Lebensmittelgeschäften, 70 Bäckereien, 60 Schlachtereien und 40 Textilgeschäften Verkaufspreise erfragt. Die Betriebe wurden so ausgesucht, daß sie sich örtlich einigermaßen gleichmäßig auf fünf Zonen verteilen. Welche Stadtteile oder Randgemeinden zu den einzelnen Zonen gehören, geht aus der nachstehenden Übersicht hervor:

(Die Zahlen in den Klammern bedeuten die ungefähre mittlere Entfernung von der Stadtmitte)

| | |
|------------------------------------|---------------------------------------|
| Zone I (Stadtkern) | Zone IV (inneres Umland; 6 km) |
| Altstadt | Schilksee |
| Vorstadt | Altenholz |
| Exerzierplatz | Russee |
| Damperhof | Molfsee |
| Brunswik | Flintbek |
| Zone II (Innenstadt; 2 km) | Wellsee |
| Düsternbrook | Klausdorf |
| Blücherplatz | Oppendorf |
| Wik | Schönkirchen |
| Ravensberg | Mönkeberg |
| Schreventeich | Zone V (äußeres Umland; 8 km) |
| Südfriedhof | Strande |
| Gaarden-Ost | Dänischenhagen |
| Zone III (Stadttrand; 4 km) | Felm |
| Friedrichsort | Ottendorf |
| Pries | Melsdorf |
| Holtenu | Mielkendorf |
| Suchsdorf | Meimersdorf |
| Kronshagen | Moorsee |
| Hasseldieksdamm | Rönne |
| Hassee | Raisdorf |
| Gaarden-Süd und Kronsburg | Heikendorf |
| Elmschenhagen | Laboe |
| Ellerbek | Brodersdorf |
| Wellingdorf | |
| Neumühlen-Dietrichsdorf | |

Die genannten Gemeinden und Ortsteile wurden nach unseren Kenntnissen über die örtlichen Verhältnisse auf die einzelnen Zonen verteilt. Die Gemeinde Kronshagen ist raumwirtschaftlich betrachtet eher zum Stadtgebiet als zum Umland zu rechnen. Deshalb wurde sie, obwohl sie verwaltungsmäßig zum Kreis Rendsburg gehört, den Kieler Stadtrandgebieten in der Zone III zugeordnet. Umgekehrt wurde der Ortsteil Schilksee in die Umlandzone IV eingereiht, da er nach raumwirtschaftlichen Gesichtspunkten mit einer Umlandgemeinde zu vergleichen ist. Die regionale Gliederung des "Verzeichnisses der Stadtregionen in der Bundesrepublik Deutschland" erschien uns aus mehreren Gründen für die Preiserhebung nicht geeignet. Einerseits sind in der Randzone Gemeinden, in denen sich keine oder nur ganz wenige für unsere Preiserhebung in Frage kommenden Geschäfte befinden. Andererseits ist das Stadtgebiet in diesem Verzeichnis nicht unterteilt.

Die Ergebnisse

In der Tabelle sind nicht die durchschnittlichen Preise aufgeführt, sondern fingierte Ausgabenbeträge. Die Beträge geben an, was die sogenannten "Index-Haushalte" durchschnittlich im Monat für die in der Tabelle genannten Waren ausgeben würden. Sie wurden an Hand der in den Zonen ermittelten Durchschnittspreise und der Verbrauchsverhältnisse der Index-Haushalte in der Bundesrepublik, die man auch zur Berechnung des Preisindex für die Lebenshaltung zugrunde legt, errechnet. Diese Form der Darstellung gibt dem Leser eine Vorstellung davon, wie stark der Kauf dieser Waren die Haushaltskasse der Index-Familien belastet. Diese Familien haben zwei Kinder, von denen eins jünger als 15 Jahre ist und leben in Gemeinden mit mehr als 20.000 Einwohnern. Sie tragen laufend ihre Einnahmen und Ausgaben für die amtliche Statistik in Haushaltsbücher ein. Von Zeit zu Zeit wird an Hand dieser Anschreibungen ein neuer Warenkorb für die Indexberechnung zusammengestellt das heißt, es wird festgelegt, welche Gewichte die Preise der einzelnen Waren bei der Durchschnittsbildung haben sollen. Der Warenkorb, nach dem der Preisindex für die Lebenshaltung zur Zeit berechnet wird, ist nach den Verbrauchsverhältnissen von 1958 aufgestellt worden.

Wenn man die für unseren Preisvergleich übrigbleibenden Waren danach bewertet, wieviel die Index-Haushalte durchschnittlich für sie ausgeben würden, dann machen diese Ausgaben knapp ein Fünftel der gesamten Haushaltsausgaben aus. Wem dieser Anteil gering vorkommt, sei daran erinnert, daß Wohnungsmieten, Dienstleistungen, Markenartikel, langlebige Ge-

brauchsgüter, Textilien sowie Obst und Gemüse nicht in den Preisvergleich einbezogen werden konnten. Der Gewichtsanteil der Markenartikel und der preisgebundenen Dienstleistungen, wie Bundesbahnfahrten, Postgebühren usw., die für die Umlandbewohner und Städter gleich teuer sind, beläuft sich auch auf etwa ein Fünftel.

Die monatlichen Ausgabenbeträge für die in die Preiserhebung einbezogenen Waren in den fünf Zonen im Oktober 1963

| | I | II | III | IV | V |
|-------------------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|
| | DM | | | | |
| Brot und Backwaren | 30,97 | 31,14 | 31,63 | 31,18 | 31,26 |
| Fleisch und Wurstwaren | 53,09 | 53,37 | 51,41 | 51,58 | 50,82 |
| Sonstige Nahrungsmittel | 26,12 | 25,65 | 25,56 | 25,62 | 25,55 |
| Zusammen | 110,18 | 110,16 | 108,60 | 108,38 | 107,63 |

Die Ergebnisse zeigen, daß man für die einbezogenen Nahrungsmittel im Stadtinnern (Zone I und II) 1,5 bis 2,5% mehr ausgeben muß als im Randgebiet und im Umland.

Das Preisgefälle von der Innenstadt zum Umland ist am auffälligsten beim Fleisch und den Wurstwaren zu beobachten. So müssen die Hausfrauen der Zone II (Düsternbrook, Blücherplatz, Wik, Ravensberg, Schreventeich, Südfriedhof und Gaarden-Ost) im Durchschnitt für Fleisch- und Wurstwaren 5% mehr bezahlen als die im äußeren Umland, wenn sie die Waren beim Schlachter kaufen. Der Fleisch- und Wurstverkauf im Lebensmittelhandel ist nicht berücksichtigt worden. Bei den Wurstwaren ist das Preisgefälle stärker als beim Fleisch. Ein kg Jagdwurst kostete in der Zone II 7,20 DM, in der Zone V hingegen nur 6,24 DM; die Jagdwurst kostete also in der Zone II 15% mehr als im äußeren Umland. Bei der guten Leberwurst und bei der Schinkenwurst machte die entsprechende Preisdifferenz 7% und 9% aus. Es ist allerdings nicht ausgeschlossen, daß bei den Wurstwaren Qualitätsunterschiede, die nicht zu erkennen und deshalb auch nicht zu eliminieren sind, eine Rolle spielen.

Bei den übrigen Nahrungsmitteln sind die Preisunterschiede in den einzelnen Zonen von geringerer Bedeutung. Ein sehr großer Teil von Nahrungsmitteln wird heute abgepackt und zu einem vom Hersteller gebundenen Verkaufspreis gehandelt. Im Lebensmittelhandel hat die Zusammenschlußbewegung der Betriebe zu Einkaufsgenossenschaften oder freiwilligen Handelsketten stark preisausgleichend gewirkt, so daß heute Mehl, Grieß, Reis, trockene Erbsen und andere Nahrungsmittel als abgepackte Quasi-Markenartikel zu gebundenen Preisen verkauft werden. Die Marken heißen je nach dem Namen der Einkaufsvereinigung, der der betreffende

Einzelhändler angehört; Edeka, Vivo, Aso usw. Hinsichtlich des Brotverkaufs ist zu erwähnen, daß sich viele Bäckereien in Schleswig-Holstein einer Bäckereigenossenschaft angeschlossen haben und viele Brotsorten gemeinsam backen lassen und zu gebundenen Preisen verkaufen.

Ausgehend von Einzelbeobachtungen vermutet man, daß Südfrüchte und importiertes Obst und

Gemüse im Umland teurer sind als in der Stadt. Wenn dies zutrifft, könnte es sein, daß die Einsparungen, welche die Hausfrauen im Umland beim Fleischwarenkauf erzielen, zum Teil durch höhere Preise für importiertes Obst und Gemüse wieder aufgezehrt werden.

Dr. Enno Heeren

Erwerbstätigkeit 1963 - Ergebnisse des Mikrozensus -

Seit 1957 verfügt die amtliche Statistik im Mikrozensus über eine Erhebungsmethode, die es gestattet, mit verhältnismäßig niedrigem Aufwand durch Stichprobenerhebungen laufend Veränderungen der Bevölkerungsstruktur sowie die Entwicklung der Erwerbstätigkeit zu registrieren. Bei diesen Erhebungen werden einmal jährlich 1% der Bevölkerung erfaßt. Besonders geschulte Interviewer erfragen bei ausgewählten Haushalten Art und Umfang ausgeübter Erwerbstätigkeiten sowie Angaben zur Person. Die Auswahl der Stichprobe zielte von 1957 bis 1961 auf Wohnungen ab. Im Jahre 1962 konnte an Hand der Zählbezirkseinteilung für die VZ 1961 erstmalig eine Flächenauswahl vorgenommen werden. Seitdem werden jeweils alle Haushalte in genau abgegrenzten Zählbezirken befragt.

Im April 1963 wurden in Schleswig-Holstein - nach Hochrechnung des Stichprobenergebnisses - insgesamt 835 000 Haushalte mit 2,305 Mill. Personen ermittelt, davon waren 1,065 Mill. Männer und 1,240 Mill. Frauen. 997 000 Personen gaben an, daß sie in der Woche vom 21. bis 27. April 1963 erwerbstätig waren.¹ Gemessen an der Bevölkerungszahl entspricht das einer durchschnittlichen Erwerbsquote von 43 je 100 Einwohner.

April 1963 arbeiteten von 100 Männern im Erwerbsalter 90, von 100 dem Alter nach erwerbsfähigen Frauen arbeiteten 42. In dem Zeitraum von gut fünf Jahren hat sich die Erwerbsquote bei den Männern um knapp 5%, bei den Frauen um knapp 14% erhöht. Zu der allgemeinen Zunahme der Erwerbstätigkeit hat damit eine verstärkte Arbeitsaufnahme durch Frauen beigetragen.

Die Höhe der Erwerbsquote variiert mit dem Alter. Bei den Männern zwischen 15 und 20 Jahren ist sie noch vergleichsweise niedrig, da der Besuch weiterführender Schulen einen Teil der arbeitsfähigen jungen Männer bindet. Die Quote steigt dann und hat ihren höchsten Wert bei den Männern zwischen 35 und 40 Jahren.

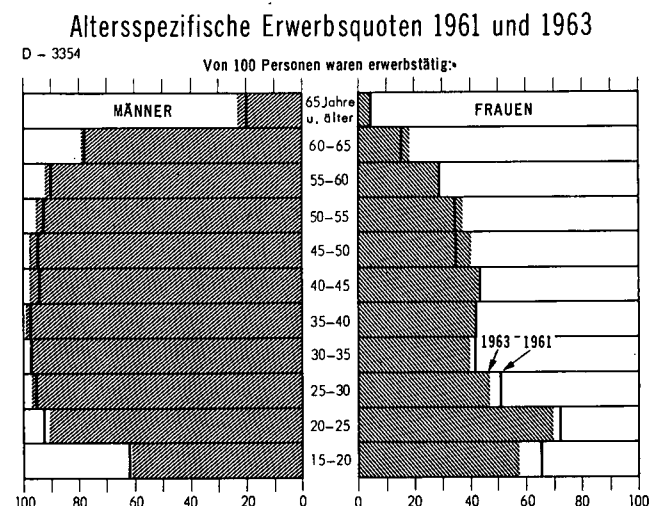
Bei den Frauen zeigen sich die höchsten Werte mit 70% zwischen 20 und 25 Jahren. Die Quote bei den 25 bis 30 Jahre alten Frauen liegt dann aber sofort um ein Drittel niedriger. Der Grund für diesen scharfen Rückgang dürfte darin liegen, daß viele Frauen nach der Heirat bald ihre Arbeit aufgeben.

1963 lagen die Erwerbsquoten bei den jüngeren Männern und Frauen unter, in den höheren

Erwerbsquoten

Die Zahl der Erwerbstätigen setzte sich im April 1963 zusammen aus 648 000 Männern und 349 000 Frauen. Läßt man die unter 15jährigen Kinder und die über 65 Jahre alten Leute außerhalb der Berechnung, so ergibt sich, daß die Erwerbsquote seit 1957 bei Männern wie Frauen beträchtlich zugenommen hat. 1957 waren die 15 bis 65 Jahre alten Männer zu 86%, die gleichaltrigen Frauen zu 37% erwerbstätig. Im

¹) In diesen und in den folgenden Zahlen sind die Soldaten und die in Kasernen und sonstigen Dienstunterkünften lebenden Angehörigen der Bereitschaftspolizei, des Bundesgrenzschutzes und des Zollgrenzdienstes nicht enthalten



Altersgruppen aber durchweg über den Werten von 1961. Relativ weit unter den Quoten von 1961 lagen die Werte bei den 15 bis 20jährigen. Gleichzeitig hat sich allerdings nach der Schulstatistik der Anteil der Gymnasiasten und Mittelschüler unter den 15 bis 20jährigen von 1961 auf 1962 um etwa 6% vergrößert. Daraus kann geschlossen werden, daß der Zeitpunkt der ersten Arbeitsaufnahme im allgemeinen durch verlängerten Schulbesuch etwas hinausgeschoben würde.

Wirtschaftsbereiche

Von den 997 000 Erwerbstätigen waren im April 1963 knapp zwei Fünftel im Produzierenden Gewerbe tätig. Gut ein Viertel arbeiteten in einem Dienstleistungsbetrieb und bei Behörden. Über ein Fünftel übte eine Erwerbstätigkeit im Bereich "Handel und Verkehr" aus, und in der Land- und Forstwirtschaft arbeiteten etwas mehr als ein Achtel aller Erwerbstätigen. Gegenüber 1961 weisen bis auf die Landwirtschaft alle Bereiche eine Zunahme der Zahl der Erwerbstätigen aus. Das relative Gewicht der nichtlandwirtschaftlichen Bereiche hat sich weiter vergrößert.

Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen

| Wirtschaftsbereich | 1963 | | | dagegen 1961 | |
|----------------------------|------------|------------|------------|--------------|------------|
| | Männer | Frauen | insgesamt | | |
| | in 1 000 | | | % | |
| Land- und Forstwirtschaft | 77 | 57 | 133 | 13 | 17 |
| Produzierendes Gewerbe | 310 | 82 | 392 | 39 | 38 |
| Handel und Verkehr | 131 | 86 | 218 | 22 | 20 |
| Sonst. Wirtschaftsbereiche | 130 | 124 | 254 | 25 | 24 |
| Insgesamt | 648 | 349 | 997 | 100 | 100 |

Der Frauenanteil an den Erwerbstätigen ist in den Wirtschaftsbereichen nicht einheitlich. Von den 349 000 Frauen arbeiteten allein mehr als ein Drittel im Dienstleistungsbereich. Hier waren fast genau so viel Frauen wie Männer tätig. Auch im Bereich Handel und Verkehr, in dessen Betrieben nahezu ein Viertel aller Frauen arbeiteten, war das Zahlenverhältnis mit 3 Männern je 2 Frauen verhältnismäßig ausgewogen. Dagegen sind im Produzierenden Gewerbe, in denen beinahe die Hälfte aller erwerbstätigen Männer arbeitet, die Frauen stark in der Minderheit. Wenngleich auch fast ein Viertel aller arbeitenden Frauen in diesen Handwerks- und Industriebetrieben einen Beruf ausüben, ist doch nur jede fünfte Arbeitskraft im Produzierenden Gewerbe eine Frau. In der Landwirtschaft waren 77 000 Männer und 57 000 Frauen tätig. Von diesen Frauen können jedoch 43 000, die sich als Mithelfende Familienangehörige bezeichnet haben, nicht ohne weiteres

mit anderen weiblichen Arbeitskräften verglichen werden, die verhältnismäßig leicht ihre Tätigkeit wechseln oder aufgeben können. Da die Hausfrauentätigkeit in der Landwirtschaft stark mit Tätigkeiten für den eigentlichen Landwirtschaftsbetrieb durchsetzt ist, folgt die Erwerbstätigkeit eines großen Teiles dieser Frauen nahezu zwangsläufig aus der Tatsache, daß sie mit einem Landwirt verheiratet sind.

Stellung im Beruf

Im April 1963 gab es in unserem Lande 128 000 Selbständige sowie 81 000 Mithelfende Familienangehörige, während 788 000 Erwerbstätige ihren Beruf in abhängiger Stellung ausübten. Je zehn Selbständigen und Mithelfenden standen demnach 38 Abhängige gegenüber. Für 1961 wurde diese Relation mit 10:34 berechnet. Das bedeutet, daß von 1961 auf 1963 der Anteil der privaten Arbeitgeber an allen Erwerbstätigen zurückgegangen ist. Entsprechend hat sich der Schwerpunkt der Erwerbstätigkeit weiter zu Gunsten der Arbeitnehmergruppe verschoben.

Für Schleswig-Holstein ergibt sich eine annähernd gleiche Verteilung auf Selbständige, Mithelfende, Beamte/Angestellte und Arbeiter wie für den Bund. Auch die Gewichtsverlagerung von den Selbständigen zu den Abhängigen ist keine Sonderentwicklung in unserem Land, sondern entspricht durchaus den für das Bundesgebiet ermittelten Werten.

Erwerbstätige nach der Stellung im Beruf

| Stellung im Beruf | 1963 | | | dagegen 1961 | |
|-------------------------------------|------------|------------|------------|--------------|------------|
| | Männer | Frauen | insgesamt | | |
| | in 1 000 | | | % | |
| Selbständige | 107 | 21 | 128 | 13 | 13 |
| Mithelfende Familienangehörige | 15 | 66 | 81 | 8 | 10 |
| Beamte und Angestellte ¹ | 175 | 137 | 312 | 31 | 28 |
| Arbeiter ² | 351 | 125 | 476 | 48 | 49 |
| Insgesamt | 648 | 349 | 997 | 100 | 100 |

1) einschl. kfm. und techn. Lehrlinge 2) einschl. gewerbl. Lehrlinge

Unterhaltsquellen

Die bisherigen Ausführungen zielten auf Informationen über den Umfang der Erwerbstätigkeit in unserem Lande ab. Dazu wurde aus der Gesamtbevölkerung die Personengruppe herangezogen, die in irgendeiner Weise im April 1963 erwerbstätig war. Daneben muß - auch wenn sie in einer Zeit der Vollbeschäftigung zahlenmäßig kaum Bedeutung hat - die Gruppe der normalerweise zwar erwerbstätigen, zur Zeit der Befragung aber arbeitslosen Personen

nachgewiesen werden. Diese beiden Gruppen werden unter dem Begriff "Erwerbspersonen" zusammengefaßt. Der verbleibende Teil der Gesamtbevölkerung sind die sogenannten "Nichterwerbspersonen". Eine solche Aufgliederung berücksichtigt die Beteiligung am Erwerbsleben jeder Person und ermöglicht Aussagen über die strukturelle Zusammensetzung des gesamten Arbeitspotentials der Bevölkerung.

Wieweit der Erwerbstätige auf seine eigene Erwerbstätigkeit auch angewiesen ist, weil er aus ihr seinen Lebensunterhalt ganz oder teilweise bestreitet, oder ob eine Tätigkeit als

Unterhaltsquelle für ihn nur von untergeordneter Bedeutung ist, läßt sich nach diesem Gliederungskonzept nicht erkennen. Will man aber genauere Vorstellungen über das Arbeitskräfteangebot erhalten, so können eigentlich nur die Erwerbstätigen, die überwiegend oder ausschließlich von dem Entgelt für ihre Tätigkeit leben, als Dauerarbeitskräfte angesehen werden. Aus diesem Grund gliedert man die Bevölkerung sowohl nach dem Erwerbskonzept als auch nach dem sogenannten Unterhaltskonzept. Über die Zusammenhänge gibt die folgende Tabelle Aufschluß.

Die Bevölkerung nach Erwerbs- und Unterhaltskonzept 1963

| Unterhaltskonzept | Personen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch | | | | | | | | | | | | Bevölkerung | | |
|----------------------|--|------------|------------|--------------------------|------------|------------|----------------|------------|------------|------------|------------|--------------|--------------|--------------|--------------|
| | Erwerbstätigkeit | | | Arbeitslosengeld, -hilfe | | | Rente, Pension | | | Angehörige | | | | | |
| | Männer | Frauen | zus. | Männer | Frauen | zus. | Männer | Frauen | zus. | Männer | Frauen | zus. | Männer | Frauen | zus. |
| | In 1 000 | | | | | | | | | | | | | | |
| Erwerbspersonen | | | | | | | | | | | | | | | |
| Erwerbstätige | 601 | 284 | 886 | (0) | - | (0) | 18 | 14 | 32 | 28 | 51 | 79 | 648 | 349 | 997 |
| Erwerbslose | . | . | . | (2) | (2) | (3) | (1) | (0) | (2) | (1) | (2) | (3) | (3) | (4) | 8 |
| Nichterwerbspersonen | . | . | . | . | . | . | 132 | 222 | 354 | 282 | 665 | 946 | 414 | 887 | 1 301 |
| Bevölkerung | 601 | 284 | 886 | (2) | (2) | (4) | 151 | 236 | 387 | 311 | 718 | 1 028 | 1 065 | 1 240 | 2 305 |

Von den 997 000 Erwerbstätigen bestritten 886 000 - das sind 89% - ihren Lebensunterhalt überwiegend aus den Erwerbseinkommen. Bei den Männern beträgt der Anteil 93%, bei den erwerbstätigen Frauen liegt er nur bei 81%. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß fast die Hälfte der weiblichen Erwerbstätigen verheiratet ist und zum Teil wohl nur eine geringe Tätigkeit ausübt, so daß der Unterhalt durch den Ehemann überwiegen mag. Bei den 28 000 Männern, die trotz Erwerbstätigkeit von Angehörigen unterhalten werden, handelt es sich wohl ausschließlich um Lehrlinge, die noch im Haus der Eltern wohnen.

Von den 1,3 Mill. Nichterwerbspersonen leben 27% überwiegend von eigenen Renten, Pensionen, Altenteil, eigenem Vermögen u. dgl., bei fast drei Vierteln (946 000) sorgt ein Familienangehöriger aus seinem Einkommen für den Lebens-

unterhalt. In dieser Zahl sind 384 000 nicht-arbeitende Ehefrauen mitenthalten.

18 000 männliche Renten- und Pensionsempfänger gehen noch einer Erwerbstätigkeit nach. Vergleicht man diese mit der Gesamtzahl der überwiegend von Rente lebenden Personen, so zeigt sich, daß rund jeder Achte noch eine Nebenbeschäftigung hat. Von den Rentnerinnen wurden Erwerbstätigkeiten etwa nur halb so oft ausgeübt. Diese Zahlen dürften jedoch nur Mindestwerte sein, da erfahrungsgemäß solche Tätigkeiten kleineren Umfanges oder mit stark schwankendem Arbeitsanfall oft nicht als Erwerbstätigkeiten angesehen werden.

Dipl.-Volksw. Klaus Kamp

Vergleiche auch: "Die Erwerbstätigkeit im Oktober 1959 und 1960" und "Die Bevölkerung nach dem überwiegenden Lebensunterhalt" in Stat. Monatsh. S.-H. 1961, S. 224 (Oktober) bzw. 1963, S. 56 (März) sowie "Erwerbsbevölkerung im Oktober 1962" in Wirtschaft und Statistik 1963, S. 542 (September)

Die Getreideernten 1961 und 1962 und ihre Verwertung

- Von Regierungslandwirtschaftsrat Klaus Ludloff, Kiel -

Die Getreideernte 1961 erbrachte 1,14 Millionen t und blieb damit um 11% unter dem Ergebnis des Vorjahres und um 3% unter dem Durchschnitt der Jahre 1955/60. Die Ursache hierfür ist in der ungünstigen Witterung im Sommer und Herbst 1960 zu sehen, die die Herbstsaat qualitativ und quantitativ ebenso beeinträchtigte wie auch die Herbstarbeiten auf den Feldern. Die Folge davon waren geringere Hektar-Erträge bei allen Getreidearten außer Hafer. Die stärksten Einbußen erlitten Winterroggen (- 19%) und die Sommergerste (- 22%).

1962 fiel die Getreideernte demgegenüber mit 1,26 Mill. t wieder wesentlich besser aus. Sie übertraf das Vorjahr um 10% und den Durchschnitt der Jahre 1956/61 um 6%. Dieses Ergebnis ist auf die wesentlich besseren Hektar-Erträge zurückzuführen, die bei allen Getreidearten, mit Ausnahme von Hafer, das Vorjahresergebnis übertrafen, so z. B. Winterroggen + 15%, Wintergerste + 17% und Sommergerste + 32%.

Wandel in der Produktion

In Schleswig-Holstein stand seit langem der Futtergetreidebau im Hinblick auf die intensive Veredelungswirtschaft im Vordergrund. Das Verhältnis von Futtergetreide zu Brotgetreide hat sich aber in den Nachkriegsjahren zugunsten des Brotgetreides vorübergehend gewandelt, wie auch das Bild zeigt. In den beiden Berichts Jahren ging jedoch der Anteil des Brotgetreides, entsprechend einer bereits seit mehreren Jahren sich anbahnenden Entwicklung, weiter zurück.

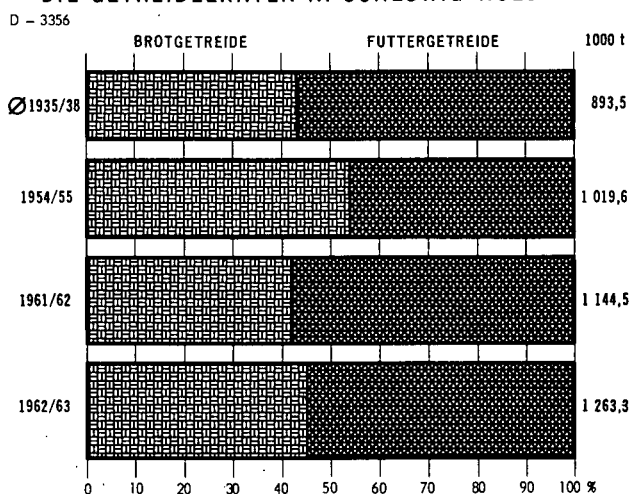
Bei den Überlegungen, ob dem Brot- oder dem Futtergetreideanbau der Vorzug zu geben ist,

darf neben den Absatzmöglichkeiten und den Preisrelationen nicht die Ertragsfähigkeit der verschiedenen Getreidearten übersehen werden. Hier steht in allen Jahren der Weizen mit Erträgen von meist über 35 dz/ha im Landesdurchschnitt an der Spitze, gefolgt von Gerste, Hafer und Sommergetreide. Roggen steht am Ende der Skala. Betrachtet man nun die Entwicklung der Anbaufläche, so stellt man - ausgehend vom Jahre 1950/51 - fest, daß trotz einer Ausdehnung des Getreideanbaus von 345 000 ha auf über 400 000 ha der Roggenanbau um 25 000 ha und der Haferanbau um 15 000 ha zurückgingen, während der Anbau von Weizen um 45 000 ha und der von Gerste um 50 000 ha zunahm. Daß heißt, in zahlreichen Fällen wurde die ertragsschwächere Getreideart in der Fruchtfolge durch die ertragsreichere - sofern aus Fruchtfolgegründen vertretbar - ersetzt.

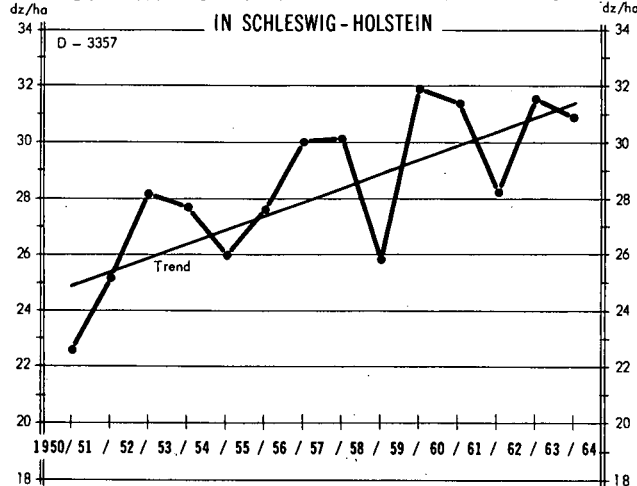
Wachsende Erträge

Die Veränderungen im Anbau sowie stärkere Düngung, verbesserte Produktionstechnik, Verwendung leistungsfähigerer Sorten und verbesserter Pflanzenschutz führten zu steigenden Flächenerträgen. Wie das Bild zeigt, sind die durchschnittlichen ha-Erträge bei Getreide seit 1950 - von jährlichen witterungsbedingten Schwankungen abgesehen - stetig angestiegen. Berechnet man den für diesen Anstieg sich abzeichnenden Trend, so ergibt sich daraus eine jährliche Ertragssteigerung von 0,5 dz/ha. Das entspricht bei einer Anbaufläche von 400 000 ha einer jährlichen Mehrernte von 20 000 t. Vorerst ist ein Auslaufen dieses steigenden Trends nicht erkennbar. Höhere Getreideerträge in

DIE GETREIDEERNTEN IN SCHLESWIG-HOLSTEIN



DIE ENTWICKLUNG DER GETREIDEERTRÄGE



anderen Gebieten lassen vielmehr erwarten, daß er sich noch eine Reihe von Jahren fortsetzen wird.

Die Entwicklung der Getreideerträge in den letzten Jahren verdient insbesondere im Hinblick auf die Diskussion um den gemeinsamen europäischen Getreidepreis Beachtung. Sie zeigt, daß trotz nominal gleichbleibender Preise die Erträge und damit die Produktion gestiegen ist. Zieht man außerdem die fortlaufende Geldentwertung in Betracht, die zu einer Verminderung der realen Getreidepreise führte, so ergibt sich, daß die Landwirtschaft über steigende ha-Erträge die sinkenden Realpreise auszugleichen suchte, also bei gleichen Preisen über erhöhte Verkaufsmengen zu höheren Einnahmen zu gelangen.

Getreideernte und Getreideverkäufe der Landwirtschaft

| | 1961/62 | | | 1962/63 | | |
|-------------------------------|------------------|---------------------|----------------------------------|------------------|---------------------|----------------------------------|
| | Ernte 1 000 t | Verkäufe 1 000 t | Verkäufe in % der Ernte | Ernte 1 000 t | Verkäufe 1 000 t | Verkäufe in % der Ernte |
| Roggen | 203,5 | 115,8 | 56,9 | 228,4 | 125,1 | 54,8 |
| Weizen | 279,8 | 233,4 | 83,4 | 343,8 | 288,9 | 84,0 |
| Gerste | 237,3 | 126,4 | 53,3 | 262,7 | 151,2 | 57,5 |
| Hafer | 219,7 | 78,3 | 35,7 | 223,6 | 87,9 | 39,3 |
| Sommer- menggetreide | 204,1 | 16,0 | 7,9 | 204,8 | 14,6 | 7,1 |
| Getreide insgesamt | 1 144,4 | 569,9 | 49,8 | 1 263,3 | 667,7 | 52,9 |

Getreideverkäufe

mehr und mehr direkt vom Feld

1961/62 wurde infolge der geringeren Ernte weniger Getreide verkauft als im vorausgegangenen Jahr. Die Landwirtschaft brachte mit 49,8% die Hälfte der Ernte auf den Markt. Gegenüber dem Vorjahr waren nur die Verkäufe von Hafer und Sommermenggetreide größer ausgefallen.

Im Wirtschaftsjahr 1962/63 verkaufte die Landwirtschaft infolge der besseren Ernte wieder größere Getreidemengen. Dabei ist auch zu berücksichtigen, daß im Juli 1962 die "Gemeinsame Europäische Getreidemarktordnung" in Kraft trat. Sie bewirkte insofern eine Änderung gegenüber dem deutschen Getreidepreissystem, als nun nicht mehr die Erzeugerpreise ab Hof, sondern Interventionspreise an 29 Interventionspunkten garantiert wurden. Aus diesen Interventionspreisen leiten sich unter Abzug der Erfassungskosten und Händlerspannen die Ab-Hof-Erzeugerpreise ab. Ihre Höhe ist nicht gesetzlich fixiert, sondern dem freien Spiel der am Markt wirkenden Kräfte unterworfen. Die

daraus anfangs resultierende Ungewißheit unter allen Marktpartnern wich bald und beeinflusste die Verkaufstätigkeit nicht. Mit 667 700 t verkaufte die Landwirtschaft vielmehr die bisher größte Getreidemenge, und mit 52,9% erreichten diese Verkäufe den bisher höchsten Anteil an der Ernte. Dabei ist zu berücksichtigen, daß größere Verkäufe vor allem bei Gerste und Hafer sowie bei Weizen zu verzeichnen waren. Die Verkäufe von Gerste waren bereits im Vorjahr der Menge nach größer als die Roggenverkäufe. 1962/63 überstieg erstmalig auch der Anteil der Gerstenverkäufe an der Gerstenernte den Anteil der Roggenverkäufe an der Roggenernte. Bei Hafer ist von Jahr zu Jahr ein Ansteigen des Verkaufsanteils zu beobachten.

Die Qualität der Ernte 1961 ließ insbesondere bei Roggen, aber auch bei Sommergerste zu wünschen übrig. Infolge ungünstiger Witterung während der Wachstumsmonate kam es zu einer schlechten Kornausbildung, die auch die niedrigen ha-Erträge erklärt. 1961 waren Gerstenpartien mit überwiegendem Kümmerkorn keine Seltenheit, ja, es gelangten sogar Partien mit ausschließlich Kümmerkorn zum Verkauf. Auf dem Roggenmarkt führte das ungenügende Angebot von zur Vermahlung geeigneten Qualitäten zu einer Verknappung an Brotroggen, die durch Freistellung von 12 000 t Auslandsroggen behoben werden mußte, während die Einfuhr- und Vorratsstelle gleichzeitig 16 000 t Brotroggen aus dem Markt nahm.

Wegen des späten Wachstumsbeginns und des langsamen Wachstums reifte das Getreide 1962 erst sehr spät heran. Das wirkte sich aber insofern positiv aus, als dadurch die langanhaltenden Niederschläge Ende August und Anfang September keine über das normale Maß hinausgehenden Auswuchsschäden verursachten.

Die Getreideverkäufe der Landwirtschaft wachsen nicht nur durch größer werdenden Getreideernten und steigende Verkaufsanteile, im Marktgeschehen macht sich vielmehr auch zunehmend eine immer stärkere Konzentration der Getreideverkäufe während der Ernte bemerkbar.

Getreideverkäufe in den Monaten Juli - Oktober

| | |
|---------|-----------|
| 1950/51 | 141 000 t |
| 1951/52 | 181 000 t |
| 1952/53 | 307 000 t |
| 1953/54 | 291 000 t |
| 1954/55 | 227 000 t |
| 1955/56 | 282 000 t |
| 1956/57 | 292 000 t |
| 1957/58 | 356 000 t |
| 1958/59 | 338 000 t |
| 1959/60 | 466 000 t |
| 1960/61 | 403 000 t |
| 1961/62 | 411 000 t |
| 1962/63 | 463 000 t |
| 1963/64 | 503 000 t |

Die vorstehenden Zahlen zeigen eine Zunahme der Getreideverkäufe in den Monaten Juli bis Oktober auf mehr als das Dreieinhalbfache. Dabei ist zu betonen, daß diese Zahlen der Wirklichkeit nur mangelhaft gerecht werden. So wurden z. B. 1962/63 von den 463 000 t Getreide, die von Juli bis Oktober zum Verkauf gelangten, allein 251 000 t im September und 150 000 t im Oktober verkauft. Dieses Stoßangebot stellt an die Getreide aufnehmenden Betriebe hohe Anforderungen. Um diese Mengen in kürzester Frist aufnehmen zu können, müssen Einrichtungen geschaffen werden, die die Übernahme des Getreides erleichtern und beschleunigen, nämlich Annahmestellen, die das Getreide reinigen und trocknen, um es lagerfest zu machen und Qualität und Gesundheit zu erhalten, und es müssen die notwendigen Lager bereitstehen. Insbesondere haben sich in den letzten Jahren die Trocknungen immer wieder als Engpässe herausgestellt, wenn nämlich das Getreide in zu großen Mengen und in zu nassem Zustand angeliefert wurde. Bei künstlicher Trocknung können in einem Durchgang nur jeweils 3 - 4 % Feuchtigkeit entzogen werden; je feuchter das Getreide ist, desto weniger Feuchtigkeit kann je Durchgang entzogen werden. Andererseits ist das Getreide um so weniger haltbar, je höher der Wassergehalt ist. Bisher konnten jedoch alle aufgetretenen örtlichen Schwierigkeiten durch Abtransport des Getreides an weniger belastete Anlagen gelöst werden, ohne daß es zu Verlusten durch Verderb kam.

Die hohen Kosten für Trocknungsanlagen und ihr nur kurzfristiger Einsatz im Jahr werfen immer wieder die Frage nach der notwendigen Trocknungskapazität auf. Eine Antwort ist jedoch schwer möglich, da der Trocknungsbedarf von vielen Faktoren abhängig ist und der entscheidende Faktor "Erntewetter" jeder Vorschätzung und jeder Beeinflussung durch Menschen entzogen ist. Man muß vielmehr den Ursachen für die zunehmende Frühablieferung des Getreides nachgehen und kommt dabei zu dem Ergebnis, daß die Umstellung vom Scheunen- auf den Mähdrusch wohl als Hauptursache anzusehen ist. Während beim Bänsendrusch das Getreide und Stroh dort lagert, wo selbst bei längerer Lagerung auch höhere Feuchtigkeitsgrade ohne schädliche Folgen bleiben, muß bei Lagerung im Silo das Getreide auf 14% heruntergetrocknet werden, um lagerfest zu sein. Solch trockenes Getreide wird in Schleswig-Holstein nur in Ausnahmefällen geerntet. Die Regel ist vielmehr, daß mit Hilfe des Mähdreschers feuchteres Getreide geerntet wird als beim Bänsendrusch, weil der Mähdrescher bereits kurze Zeit nach einem Regenschauer wieder arbeiten kann, wenn die Körner noch einen relativ hohen Feuchtigkeitsgehalt haben. Im Gegensatz dazu benötigt mit dem Mähbinder

geerntetes Getreide längere Zeit, ehe das Stroh genügend trocken ist und in dieser Zeit trocknen auch die Körner entsprechend mehr. In Kreisen der Getreidewirtschaft wird deshalb eine Trocknungskapazität von 0,5 t je Stunde für jeden eingesetzten Mähdrescher für erforderlich gehalten. Tatsächlich vorhanden sind in Schleswig-Holstein zur Zeit ca. 0,3 t Trocknungskapazität je Mähdrescher.

Die Verwertung der Getreideernte

Die Aufteilung der Getreideverkäufe der Landwirtschaft auf Mühlen, Handel und Genossenschaften zeigt, daß der Anteil der Mühlen zugunsten der Genossenschaften und des Handels zurückgeht. Hier handelt es sich jedoch nicht nur um eine Veränderung in den Handelsgewohnheiten, sondern auch um eine methodisch bedingte Veränderung. Eine größere Zahl von Landhändlern, die auch Mühlen betrieben, diese aber stillgelegt haben, werden nunmehr als Handelsbetriebe angesehen und bedingen so die Veränderung. Bei den Genossenschaften handelt es sich jedoch um eine Ausdehnung des Marktanteils.

Brotgetreide

Sowohl bei Roggen als auch bei Weizen übersteigen die Verkäufe den Bedarf der Mühlen in Schleswig-Holstein und Hamburg.

| | Roggen | | Weizen | |
|---|----------|---------|-----------------------|-----------------------|
| | 1961/62 | 1962/63 | 1961/62 | 1962/63 |
| | - In t - | | | |
| Verkäufe | 115 800 | 125 100 | 233 400 | 288 900 |
| Vermahlung | 79 600 | 75 100 | 106 000 ^{a)} | 101 900 ^{a)} |
| Abgaben an die Einfuhr- und Vorratsstelle | 19 200 | 36 500 | 97 100 | 132 200 |

a) nur Inlandsweizen

Die Vermahlung von Roggen wie auch die Vermahlung von Weizen waren in den beiden Berichtsjahren weiter rückläufig. An den Interventionen der Einfuhr- und Vorratsstelle (EVSt.) allein lassen sich die Brotgetreideüberschüsse nicht ablesen, da daneben auch Brotgetreide aus Schleswig-Holstein ohne Einschaltung der EVSt. über Hamburg hinaus verkauft wird. 1961/62 waren das 3 600 t Roggen und 20 700 t Weizen, gegenüber nur noch 500 t Roggen und 13 600 t Weizen im Wirtschaftsjahr 1962/63.

Für Futterzwecke wurden 1961/62 81 800 t Roggen und 20 800 t Weizen; 1962/63 64 200 t Roggen und wieder 20 800 t Weizen verarbeitet, und zwar im Mischfutter. Die hohe Roggenverarbeitung ist das Ergebnis des im Oktober 1960 in Kraft getretenen Beimischungszwanges von Roggen zu Mischfutter, um den damals drücken-

den hohen Roggenberg der EVSt. abzubauen. Das gelang nicht zuletzt deshalb innerhalb kurzer Frist, weil die Roggenernte 1961 im ganzen Bundesgebiet um etwa ein Drittel unter der Vorjahrsernte blieb und die Verkäufe als Folge davon von 1,5 auf 0,85 Mill. t zurückgingen und damit den Marktbedarf weit unterschritten. Obwohl seit Oktober 1962 der Beimischungszwang wieder aufgehoben ist, werden jetzt noch immer um 2 500 t Roggen monatlich zu Mischfutter verarbeitet, gegenüber nur 300 t vor Einführung des Beimischungszwanges.

Futter- und Industriegetreide

Im Gegensatz zu Brotgetreide reichen die Verkäufe der Landwirtschaft an Futter- und Industriegetreide nicht aus, den Marktbedarf zu decken. Auch genügt das Inlandsgetreide häufig nicht den Qualitätsansprüchen der Verarbeitungsbetriebe. Das gilt sowohl für die Gerste als auch für den Hafer. Folgende Mengen Industriegetreide wurden in Schleswig-Holstein verarbeitet:

| | 1961/62 | | 1962/63 | |
|------------|-----------|-------------------------------|-----------|-------------------------------|
| | insgesamt | davon Inlands- getreide | insgesamt | davon Inlands- getreide |
| | - In t - | | | |
| Gerste | 4 952 | 352 | 4 858 | 234 |
| Braugerste | 9 438 | 3 498 | 9 735 | 3 502 |
| Hafer | 65 580 | 815 | 75 900 | 693 |

Die Zahlen zeigen, daß für die Nahrungsmittelherstellung praktisch kein inländisches Getreide verarbeitet wird, während in den Mälzereien immerhin ein Drittel des verarbeiteten Getreides aus eigener Ernte stammt. Berücksichtigt man, daß auch in die Hamburger Mälzereien Braugerste schleswig-holsteinischer Provenienz fließt - die Braugersteproduktion ist in den Berichtsjahren auf 6 - 7 000 t zu veranschlagen - so wird deutlich, welchen Erfolg die systematische Beratung, Aufklärung und Werbung der Landwirtschaftskammer für den Braugersteanbau hatte. Der Erfolg legt die Frage nahe, eine entsprechende Aufklärungsaktion auch hinsichtlich des Haferanbaus für Schälsmühlen zu überlegen. Gegenwärtig ist zwar der Futtersektor noch immer aufnahmefähig genug, um das angelieferte Futtergetreide ohne Schwierigkeiten unterzubringen; trotzdem sollte die Versorgung der heimischen Schälsmühlen nicht ausschließlich dem Ausland überlassen werden.

Der größte Teil des Futtergetreides wird von der Mischfutterindustrie benötigt. Einschließlich Auslandsgetreide verarbeitete sie 1961/62 348 000 t Getreide zu 775 000 t Mischfutter und im folgenden Jahr 381 000 t Getreide zu 853 000 t Mischfutter. Auch die stetig zuneh-

menden Getreideverkäufe der Landwirtschaft zeigen, daß diese sich zunehmend der Dienstleistung der Mischfutterindustrie bedient, die darin besteht, aus dem Rohstoff Getreide ein hochwertiges Futtermittel herzustellen, das alle vom Tier benötigten Nährstoffe enthält. In vielen Fällen geschieht dies auch ohne Verkauf des Getreides, indem der Landwirt sein Getreide seinem Händler oder seiner Genossenschaft zum Schrotten bringt und dabei im gleichen Arbeitsgang ein Konzentrat zumischen läßt, das aus seinem Getreide - das nicht selten durch Zukauf entsprechend dem Bedarf des Betriebes vermehrt wird - ein dem Mischfutter gleichwertiges Futter macht. Leider ist über den Umfang dieser "Mischfutterproduktion" nichts bekannt, da das Lohnschrotten nicht der Meldepflicht unterliegt. Auch aus der Herstellung von entsprechenden Konzentraten können mangels statistischer Unterlagen keine Rückschlüsse gezogen werden.

Verbrauch für Futterzwecke

Der größte Bedarfsträger für Getreide ist die Landwirtschaft selbst. Ihr Verbrauch ist in den letzten Jahren infolge der Ausdehnung der Veredelungswirtschaft ständig gestiegen. Um ihn zu ermitteln, muß zunächst durch Abzug der Verkäufe, des Saatgutbedarfes, des Schwundes usw. von der Ernte das in den Betrieben verbleibende Restgetreide ermittelt werden, das als verfüttert anzusehen ist. Diesen Mengen muß dann das vom Markt zugekaufte Getreide - sei es direkt oder in Form von Mischfutter zugekauft - hinzugerechnet werden. Hierbei kann das im Mischfutter aus Hamburg zugekaufte Getreide - Mischfutterkäufe aus anderen Gebieten finden praktisch nicht statt - nur an Hand der Rezepturen geschätzt werden.

| | 1961/62 | 1962/63 |
|--------------------------------------|----------------|----------------|
| | - 1 000 t - | |
| Futterrest | 508,9 | 478,2 |
| Zukauf der Landwirtschaft | 174,5 | 169,9 |
| Zukauf an Mischfutter aus Hamburg | 347,4 | 381,0 |
| | 48,6 | 48,8 |
| zusammen | 1 079,4 | 1 077,9 |

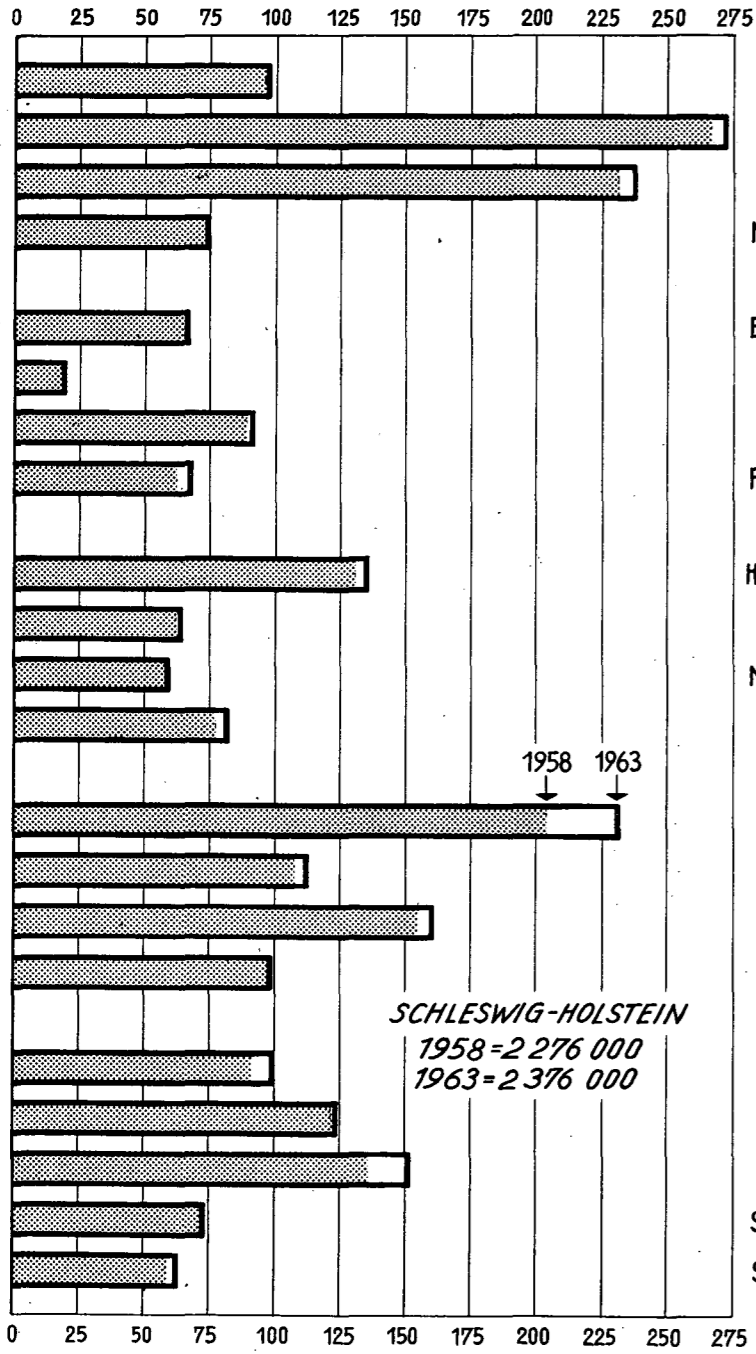
Wie die Zusammenstellung des Futtergetreideverbrauchs zeigt, ist der Anteil des Futterrestes und des zugekauften Getreides an der Getreideverfütterung zugunsten des zu Mischfutter verarbeiteten Getreides in den Berichtsjahren - wie schon in den Vorjahren - zurückgegangen. Insgesamt hat die Landwirtschaft in den beiden Jahren 1 079 000 t und 1 078 000 t Getreide verfüttert. Für das Wirtschaftsjahr 1963/64 wird wegen des geringeren Schweinebestandes mit einem leichten Rückgang zu rechnen sein. Auf längere Sicht ist jedoch mit weiterer Zunahme der Getreideverfütterung zu rechnen.

DIE ENTWICKLUNG AUSGEWÄHLTER WIRTSCHAFTSDATEN 1958 - 1963

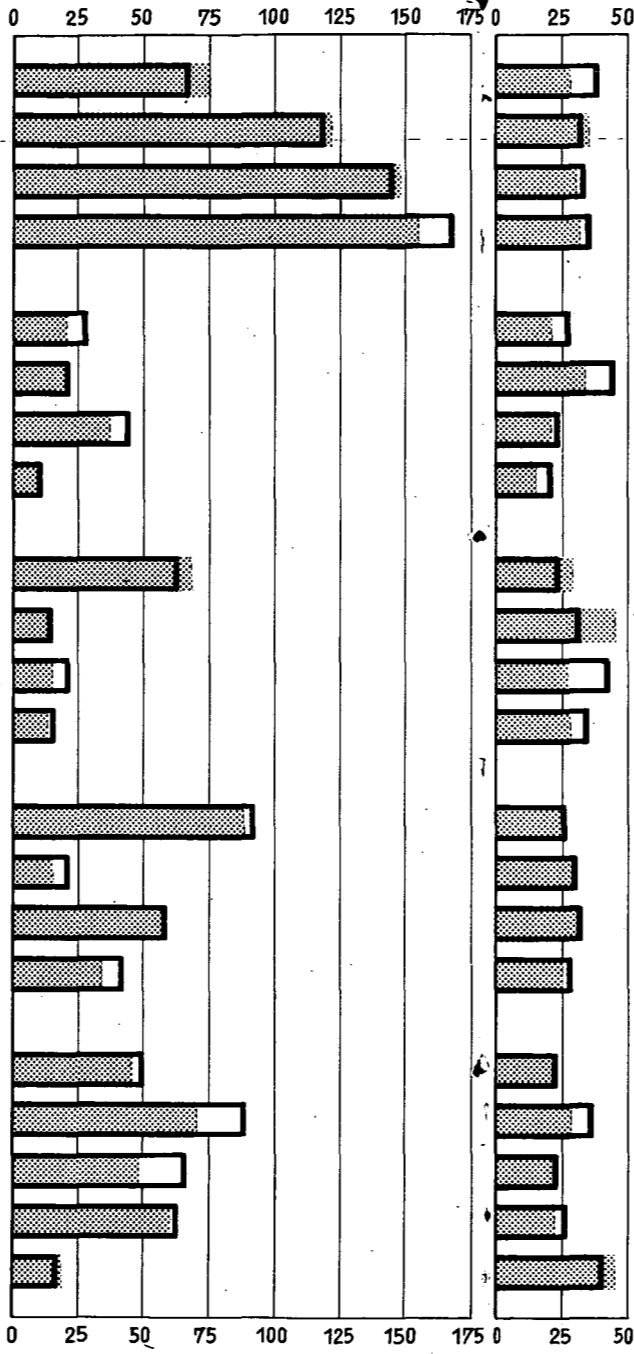


IN DEN KREISEN SCHLESWIG-HOLSTEINS

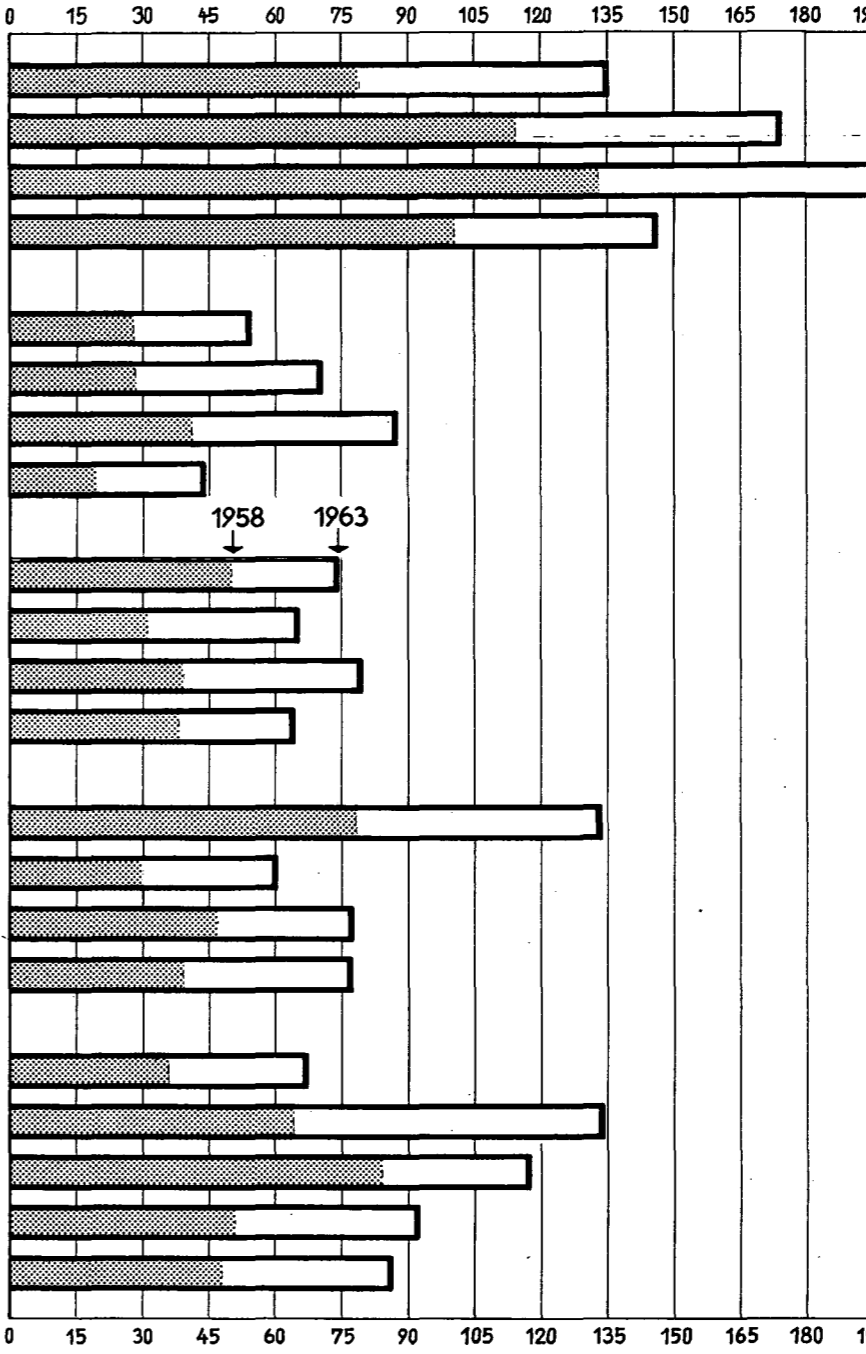
BEVÖLKERUNG
IN TAUSEND
31. 12. 1958 UND 31. 12. 1963



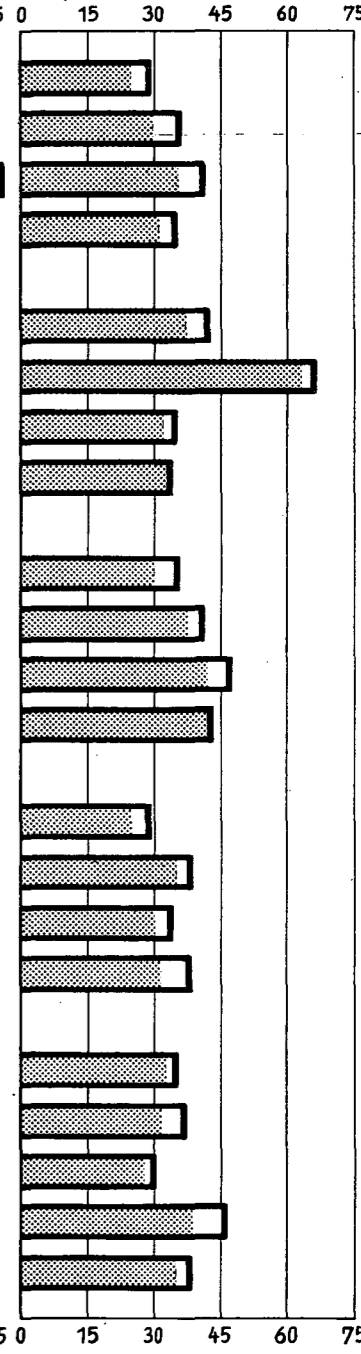
BESCHÄFTIGTE BAU-
IN INDUSTRIE WIRTSCHAFT
JE 1000 EINWOHNER - 31. 12. 1958 UND 1963



GEWERBESTEUER
NACH ERTRAG UND KAPITAL UND LOHNSUMME IN DM JE EINWOHNER
1. 1. - 31. 12. 1958 UND 1963



GRUNDSTEUER A+B
IN DM JE EINWOHNER
1. 1. - 31. 12. 1958 U. 1963



SCHLESWIG-HOLSTEIN INSGESAMT

Der Getreideverbrauch gibt zwar Hinweise auf den Futterbedarf, jedoch dürfen diese deshalb nicht überbewertet werden, weil Getreide in beschränktem Umfang durch Mühlennachprodukte ebenso wie durch Tapiokamehl, Kartoffeln usw. ersetzt werden kann. Die Stagnation des Getreideverbrauchs 1962/63 ist einmal auf die höhere Kartoffelernte, zum anderen Teil auf vermehrten Einsatz von Futtermitteln der oben genannten Art zurückzuführen, die den entstandenen Futtermehrbedarf gedeckt haben.

Der Gesamtbedarf Schleswig-Holsteins an Getreide errechnet sich aus Verfütterung, Verarbeitung und dem sonstigen Bedarf der Landwirtschaft:

| | 1961/62 | 1962/63 |
|---------------------------|----------------|----------------|
| | - 1 000 t - | |
| Verfütterung | 1 079,4 | 1 077,9 |
| Saatgut | 62,8 | 63,5 |
| Schwund und Verluste | 47,2 | 55,2 |
| Brennereien ¹ | 6,2 | 7,6 |
| Verarbeitung ¹ | 369,7 | 353,4 |
| zusammen | 1 565,3 | 1 557,6 |
| Ernte | 1 263,3 | 1 251,6 |
| Fehlbedarf | 302,6 | 306,0 |

1) einschl. Auslandsweizen und Vermahlung für den Export

In der Berechnung ist der Bedarf Hamburgs, der insbesondere aus Weizen besteht, und der Bedarf der traditionellen sonstigen Abnehmer nicht berücksichtigt. Man wird die zur Aufrechterhaltung dieser Handelsbeziehungen erforderlichen Getreidemengen mit etwa 100 000 t insgesamt veranschlagen dürfen, wenn man von den Erfahrungen der letzten Jahre ausgeht. Davon entfallen mehr als drei Viertel auf Weizen.

Die Übersicht zeigt, daß in den beiden Berichtsjahren der Getreidebedarf des Landes nur zu etwa drei Vierteln aus eigener Ernte gedeckt werden konnte. Während bei Brotgetreide, insbesondere Weizen, die Produktion den Bedarf übersteigt, fehlt es an Futtergetreide. Infolgedessen den Weizenanbau zu Gunsten des Gerstenbaus einzuschränken hieße aber, eine ertragsreichere durch eine ertragsschwächere Getreideart zu ersetzen und das wäre ein Rückschritt auf dem Wege, die Produktionskosten zu senken.

Vergleiche auch: "Die Getreideernten 1959 und 1960 und ihre Verwertung" in Stat. Monatsh. S.-H. 1962, S. 46 (Februar) und "Getreideernte 1962" in Wirtschaft und Statistik 1962, S. 604 (Oktober)

Der Güterumschlag in den Häfen im Jahre 1962

Der Güterverkehr Schleswig-Holsteins auf dem Wasserwege ist im Rahmen der Aufsätze über die Transportstatistiken kürzlich geschildert worden. Dabei hat die Verkehrsverflechtung des Landes mit den übrigen Gebieten im Vordergrund gestanden. An dieser Stelle soll nun die Leistung der einzelnen Häfen herausgestellt werden. Eine solche Darstellung wird nur ein einseitiges Bild der Häfen geben, da nur ihre Funktion im Güterumschlag berücksichtigt wird. Personenverkehr, Fischerei, Schiffsbau und -reparatur, Lieferung von Treibstoffen und Schiffsbedarf werden ebenso wenig angesprochen wie die Nebenfunktionen des Umschlages (Spedition, Lagerei, Stauerei). Wird das Bild des Hafens auch nicht vollständig sein, so wird doch mit dem Umschlag seine wichtigste Funktion beschrieben.

Bei der großen Zahl von kleinen und kleinsten Lösch- und Ladestellen kann man sich nur auf die wichtigsten Häfen beschränken. Es sollen deshalb nur die behandelt werden, die im Jahre 1962 mindestens einen Umschlag von 100 000 t hatten. Das sind die 15 Häfen der Tabelle. Vom Gesamtumschlag des Landes von 6 Mill. t im Jahre 1953 hatten sie 93 %. Von 1953 ist der

Umschlag bis 1962 auf 14 Mill. t um 132 % gestiegen. Der Zuwachs war bei den 15 Häfen im Schnitt nur 124 %, so daß sie 1962 nur noch 90 % des Umschlages bewältigten.

Umschlag der wichtigsten Häfen 1953 und 1962

| Hafen | Umschlag | | Veränderung 1962 geg. 1953 in % | 1962 | | Verhältnis: Empfang je t Versand |
|-------------------------|----------|-------|--|---------|---------|---|
| | 1953 | 1962 | | Empfang | Versand | |
| | 1 000 t | | | 1 000 t | | |
| Lübeck | 2 169 | 3 516 | + 62 | 2 509 | 1 007 | 2,5 |
| Brunsbüttelkoog | 327 | 2 697 | + 726 | 1 724 | 973 | 1,8 |
| Sandplätze ¹ | 952 | 2 199 | + 131 | 270 | 1 929 | 0,14 |
| Kiel | 596 | 1 168 | + 96 | 1 056 | 112 | 9,4 |
| Itzehoe | 377 | 575 | + 52 | 343 | 232 | 1,5 |
| Flensburg | 308 | 535 | + 74 | 414 | 121 | 3,4 |
| Rendsburg | 203 | 484 | + 138 | 465 | 19 | 25 |
| Wedel | 48 | 472 | + 888 | 457 | 16 | 29 |
| Lägerdorf | 276 | 263 | - 5 | 99 | 163 | 0,61 |
| Uetersen | 77 | 218 | + 181 | 214 | 3 | 61 |
| Elmshorn | 52 | 138 | + 162 | 134 | 3 | 41 |
| Glückstadt | 135 | 125 | - 7 | 122 | 3 | 47 |
| Großenbrode | 76 | 120 | + 57 | 28 | 92 | 0,31 |
| Husum | 46 | 116 | + 153 | 54 | 61 | 0,88 |
| Wyk a. F. | 32 | 106 | + 233 | 101 | 5 | 20 |

1) am Elbe-Lübeck-Kanal (Donnerschleuse, Büchen, Götting, Grambek, Güster, Lanze, Siebeneichen, Witzeeze)

Die Änderungsrate in der Tabelle zeigt Mittelwerte über eine weite Zeitspanne. Neben leichten Rückgängen (Glückstadt, Lägerdorf) kommen Ausweitungen auf das Acht- bis Zehnfache vor (Brunsbüttelkoog, Wedel). Hier liegen aber meist besondere Verhältnisse vor. Etwa die Hälfte der Häfen erhöhte den Umschlag zwischen 50 und 150 %.

Trennt man den Gesamtumschlag in Empfang und Versand, so zeigt sich, daß sie sich nur in wenigen Fällen die Waage halten. Häufig überwiegt der Empfang ganz erheblich, in einigen Häfen ist auch der Versand wesentlich größer. Ein annähernd ausgeglichenes Verhältnis besteht in Brunsbüttelkoog, Itzehoe, Lägerdorf und Husum. In den 3 erstgenannten Häfen besteht Empfang und Versand zu je über der Hälfte aus einer Hauptgütergruppe, wenn man Kohle und Heizöl als Energieträger zusammenfaßt. Hier wird der Umschlag durch den Bedarf eines oder weniger Industriebetriebe bestimmt, die auch für rationelle Ausnutzung des Schiffsraumes sorgen. Das ist nicht immer möglich, wie die Beispiele von Wedel, Elmshorn und den Sandplätzen am Elbe-Lübeck-Kanal zeigen. Hier herrscht auch eine Hauptgütergruppe vor, ohne daß sich aber eine Fracht für die Gegenrichtung findet. Lübeck und Flensburg haben ein leidlich ausgeglichenes Verhältnis. Man muß allerdings daran denken, daß die grobe Gegenüberstellung manches verschleiern. In Wirklichkeit kann die Nutzung des Schiffsraumes schlechter aussehen, wenn etwa in der einen Richtung Tankraum, in der anderen Trockenfrachtraum gebraucht wird. Andererseits hat sich z. B. das Frachtaufkommen von und nach Lübeck durch den Elbe-Lübeck-Kanal im Laufe der letzten Jahre zusehends ausgeglichen und erreichte 1962 fast den Gleichstand. Recht ungünstig ist das Verhältnis in Kiel, wo 70% des Empfanges aus Kohle, Benzin, Diesel und Heizöl bestehen. Auch hier fehlt es an Rückfrachten.

Den größten Umschlag unter allen schleswig-holsteinischen Häfen hat Lübeck. Über ein Viertel des Empfanges und fast ein Fünftel des Versandes von ganz Schleswig-Holstein gehen durch seinen Hafen. Es besitzt auch die stärksten Auslandsbeziehungen, da die Hälfte des gesamten Auslandsversandes und gut ein Drittel des Empfanges über Lübeck abgewickelt wird. Diese Position im Auslandsverkehr war allerdings früher noch stärker. 1953 liefen vier Fünftel des Auslandsversandes und die Hälfte des Empfanges über Lübeck.

Entsprechend seinen weltweiten Beziehungen ist Lübecks Hafenumschlag auf viele Hauptgütergruppen verteilt. Insgesamt wurden 1962 umgeschlagen:

| | Im Empfang | im Versand |
|----------------------------|----------------|--------------|
| | - in 1 000 t - | |
| Insgesamt | 2 509 | 1 007 |
| darunter | | |
| Getreide | 88 | 56 |
| lebende Tiere | 51 | 0 |
| Holz (einschl. Grubenholz) | 259 | 8 |
| Zellstoff | 96 | 0 |
| Sand, Kies, Ton, Schlacken | 162 | 42 |
| Sonstige Steine | 439 | 98 |
| Stein- und Salinensalz | 1 | 234 |
| Eisenerze | 409 | - |
| NE-Metallerze | 56 | - |
| Steinkohle, Koks | 701 | 112 |
| Kraftstoffe, Heizöl | 50 | 0 |
| Kalk, Zement | 0 | 61 |
| Roh Eisen | 0 | 155 |
| Fahrzeuge | 1 | 78 |

Diese Güter werden nicht nur in dem öffentlichen Hafenbecken, sondern auch in verpachteten und privaten Hafenteilen umgeschlagen. Trotz der Vielfalt des gesamten Umschlages heben sich klare Schwerpunkte heraus. An erster Stelle steht die Kohle. Steinkohlen kommen aus dem Ruhrgebiet über Emden, aus Holland, USA, Norwegen und England; Koks wird nach Dänemark und Schweden geliefert. Die recht große Gruppe von Sand, Steinen und Erden enthält Sand von den Häfen des Elbe-Trave-Kanals, Kaolin von der Oberelbe, aus Frankreich und England, Ton und Schamotte aus Schweden, Deutschland und England und Schlacken von der Mittel- und Unterelbe und aus England. Die sonstigen Steine (Granit, Steinsplitt, Kalkstein und Kreide) liefern die nordischen Länder. Versandt werden in die nordischen Staaten Schamotte und Kaolin. Die sonstigen versandten Steine sind Findlinge, die in der Ostsee gefischt worden sind und nach Hamburg weiter geliefert wurden. Über 400 000 t Eisenerze und Schwefelkiesabbrände werden gelöscht. Sie kamen aus Schweden, Spanien und Frankreich. Aus Griechenland wurde Bauxit verschifft. Die sonst sehr umfangreichen Lieferungen von Kupfererzen blieben dagegen 1962 fast völlig aus. Als Verhüttungsprodukte wurde Roheisen nach Italien und in den nordischen Raum verschickt. Der Holzhandel hat für Lübecks Hafen von jeher eine große Rolle gespielt. Die rund 260 000 t Holz kommen zu über der Hälfte aus Finnland. Die wichtigsten übrigen Lieferländer sind Kanada, Rußland und Schweden. Finnland und Schweden liefern außerdem auch Zellulose. Auch der Jahrhunderte alte Salzhandel Lübecks blüht weiterhin. 1962 wurden über 230 000 t Salz in erster Linie nach Schweden, aber auch in die übrigen nordischen Länder verschifft. Zu erwähnen sind noch einige kleinere Hauptgütergruppen. Der Getreidehandel geht in beiden Richtungen. Partner sind Hamburg und die schleswig-holsteinischen Häfen, daneben aber auch das Mittel- und Norddeutsche Seeküstengebiet und Skandinavien. Für den Seegrenzschlachthof werden Rinder und Schweine aus Dänemark und den polnisch

verwalteten deutschen Ostgebieten geliefert. Die Verschiffungen von Personenautos gehen zum größten Teil nach Schweden. Zement, der in Lübeck hergestellt wird, wird durch den Elbe-Lübeck-Kanal nach Hamburg befördert.

Der eben gegebene Überblick über die Hafeneleistung Lübecks müßte eigentlich noch ergänzt werden durch den landseitigen An- und Abtransport. Man könnte dann die Lieferung von Material für die Lübecker Wirtschaft und die Verschiffung von ihren Erzeugnissen trennen vom Umschlag jener Waren, die den Hafen nur durchlaufen, bei denen also in Lübeck nur eine reine Verkehrsfunktion ausgeübt wird. Der statistische Apparat reicht hierzu leider nicht aus. Man würde aber schon ein Stück weiterkommen, wenn man den Umschlag in den privaten Hafenteilen aus dem Gesamtumschlag herausnähme, so daß nur der Umschlag in den öffentlichen Hafenteilen übrigbliebe. Diese Trennung, die sich leicht auch für andere Häfen durchführen läßt, würde die Beziehung zwischen Hafen und Hinterland klarer herausarbeiten.

Der Hafen Brunsbüttelkoog, zu dem auch die Anlagen in Ostermoor gezählt werden, wird durch den Ölumschlag bestimmt. 1,5 Mill. t des Empfanges bestehen aus rohem Erdöl, Kraftstoffen und Heizöl, fast 1 Mill. t des Versandes sind Erdölderivate. Daneben spielen nur 145 000 t Düngemittel, in erster Linie Rohphosphate für die Düngerfabrik, eine Rolle. Chemische Grundstoffe (24 000 t), Kohle (14 000 t) und Sand und Kies (12 000 t) runden das Bild.

Den nächst umfangreichen Umschlag haben die Sandplätze am Elbe-Lübeck-Kanal. Es handelt sich hier um eine ganze Gruppe von Ladeplätzen zwischen Lauenburg und Mölln. Mit dem Fortschreiten des Abbaues wechseln die Verladeorte, so daß man sie sinnvollerweise zusammenfaßt. 1,9 Mill. t Sand und Kies wurden verschifft. 270 000 t wurden hier auch wieder entladen, da sie vor dem Weitertransport noch aufbereitet werden mußten. Mit 20 000 t weiterer Steine und Baustoffe erschöpft sich der gesamte Versand.

Als letzter der Häfen mit über 1 Mill. t Leistung folgt Kiel. 1962 wurden hier umgeschlagen

| | im Empfang | im Versand |
|------------------------|----------------|------------|
| | - in 1 000 t - | |
| Insgesamt | 1 056 | 112 |
| darunter | | |
| Getreide | 56 | 30 |
| lebende Tiere | 52 | - |
| Sand, Kies | 24 | 2 |
| sonstige Steine, Erden | 61 | 2 |
| Eisenschrott | 1 | 24 |
| Steinkohle, Koks | 440 | 1 |
| Kraftstoffe, Heizöl | 290 | 33 |
| Walzwerkserzeugnisse | 54 | 0 |

Obwohl sich der Umschlag gegenüber 1953 verdoppelt hat, ist die Struktur fast die gleiche geblieben. Lieferungen von Kohle, Kraftstoffen und Heizöl machen fast drei Viertel des Empfanges aus. Hauptabnehmer sind die Stadtwerke und die Bunkerstationen. Die Bunkerungen der Schiffe werden im Versand nicht angeschrieben, da diese Materialien dann nicht mehr befördert, sondern verbraucht werden. Baustoffe wie Sand, Kies und Steine bilden eine wichtige Gruppe, die gegenüber 1953 auf das Fünffache gestiegen ist. Auch die Löschungen von Walzwerkserzeugnissen, die zu einem großen Teil für die Werften bestimmt sind, haben sich mehr als verdreifacht. Der Getreidehandel, der in beiden Richtungen geht, weitete sich nur um gut die Hälfte aus. Etwa in gleichem Maße nahmen auch die Lieferungen von Vieh für den Seegrenzschlachthof zu. Im Versand sind der größte Posten die Kraftstoffe und Heizöle, die zur Weiterlieferung umgeschlagen werden. Etwa den gleichen Umfang haben die Verschiffungen von Getreide. Als letztes wichtiges Gut ist Schrott zu nennen, dessen Menge gegenüber 1953 auf gut die Hälfte gesunken ist.

Der Umschlag in dem Hafen von Itzehoe wird durch die Zementfabriken bestimmt. 138 000 t Kohle und 64 000 t Kraftstoffe und Heizöl werden empfangen. Außerdem kommen 53 000 t Kalk und Zement an. Zum Teil handelt es sich dabei um Zementfrachten, die von Lägerdorf kommen und in Itzehoe in größere Schiffe umgeladen werden. Die 218 000 t Kalk und Zement, die versandt werden, stellen fast die ganzen abgehenden Güter dar. Von den 31 000 t Sand, Kies und Steinen, die ankommen, dürfte auch ein Teil Rohmaterial für die Zementfabrik sein. Erwähnenswert sind noch Lieferungen von 27 000 t Getreide und 12 000 t Futtermitteln.

Für den Hafen Flensburg ist die Landwirtschaft verhältnismäßig wichtiger als für andere Häfen. Aber auch die Bedürfnisse der örtlichen Industrie spiegeln sich im Umschlag. Er betrug

| | im Empfang | im Versand |
|--|----------------|------------|
| | - in 1 000 t - | |
| Insgesamt | 414 | 121 |
| darunter | | |
| Getreide | 68 | 18 |
| lebende Tiere | 29 | - |
| Futtermittel | 51 | 0 |
| Holz | 38 | 0 |
| Zellstoff | 9 | 1 |
| Sonstige Steine, Erden (außer Sand, Kies) | 19 | 0 |
| Steinkohle, Koks | 120 | 82 |
| Braunkohle, Briketts | 0 | 8 |
| Kraftstoffe, Heizöl | 13 | - |
| Düngemittel | 22 | - |
| Walzwerkserzeugnisse | 15 | 0 |

Zwei Fünftel des gesamten Umschlages entfallen allerdings auf die Energieträger. Das liegt

nicht nur daran, daß sie im Empfang vorherrschen. Im Versand sind sie hier verhältnismäßig noch wichtiger, da sehr viel Koks nach Dänemark geht. Zu den landwirtschaftlichen Erzeugnissen, die in Flensburg gelöscht werden, gehören 68 000 t Getreide, 7 000 t Kartoffeln, 9 000 t Nahrungsmittel und 29 000 t lebende Tiere. 51 000 t Futtermittel und 22 000 t Düngemittel kommen der Landwirtschaft zugute. Diese Mengen machen im Empfang etwa die Hälfte mehr aus als die Energieträger. Holz und Zellstoff dienen ebenso der örtlichen Industrie wie die Walzwerkserzeugnisse. Zu nennen sind noch 19 000 t Steine, neben die 6 000 t Baustoffe und 5 000 t Sand und Kies gehören. Den Versand beherrschen, wie gesagt, die Verschiffungen von Koks und Briketts. Wichtig ist auch noch der Getreideumschlag. Auch 5 000 t Schrott sind noch zu erwähnen.

Auch Rendsburg hat einen recht vielseitigen Umschlag, der sich gegenüber 1953 mehr als verdoppelte. 1962 wurden umgeschlagen

| | im Empfang | im Versand |
|--|----------------|------------|
| | - in 1 000 t - | |
| Insgesamt | 465 | 19 |
| darunter | | |
| Getreide | 22 | 4 |
| Futtermittel | 31 | 1 |
| Holz | 9 | 0 |
| Sonstige Steine, Erden (außer Sand, Kies) | 148 | 1 |
| Steinkohle | 41 | 3 |
| Kraftstoffe, Heizöl | 128 | - |
| Düngemittel | 45 | 2 |
| Roh Eisen | 11 | - |

Bemerkenswert ist, daß wesentlich mehr Kraftstoffe und Heizöl als Kohle gelöscht werden. Auch der große Umschlag von Steinen fällt auf. Getreide, Futtermittel und Dünger zeigen die starken Beziehungen zum bäuerlichen Hinterland. Holz, wozu noch 10 000 t Holz im nahe gelegenen Schacht-Audorf kommen, und Roh-eisen versorgen die örtliche Wirtschaft. 5 000 t Walzwerkserzeugnisse, 5 000 t Getreideerzeugnisse und 4 000 t Schrott runden das Bild. Der Versand ist sehr viel geringer als der Empfang. Eisenerze (4 000 t), Getreide (4 000 t) und Kohlen (3 000 t) sind die wichtigsten Güter.

Wedel ist ein Hafen, der wegen der Nähe Hamburgs nur örtlichen Bedürfnissen dienen kann. Sein Umschlag ist einseitig auf den Empfang ausgerichtet. 348 000 t Kohle sind zum größten Teil für das Kraftwerk bestimmt, das 1963 seinen Betrieb begonnen hat. 37 000 t Mineralölerzeugnisse werden zur Verarbeitung in der dortigen Raffinerie angeliefert, die auch wieder 15 000 t versendet. Sand, Kies (64 000 t) und Steine (6 000 t) machen den übrigen Empfang aus.

In Lägerdorf befindet sich ein Werkhafen der Breitenburger Zementfabrik. Dort kamen 32 000 t Kohle und 66 000 t Kraftstoffe und Heizöl an und 163 000 t Kalk und Zement wurden versandt.

Auch Uetersen hat nur örtliche Bedeutung mit einem ganz einseitigen Empfang. Er besteht aus Holz (55 000 t) und Zellstoff (17 000 t). Weiter wurden 44 000 t der Gruppe "Sand, Kies, Ton" gelöscht, zu der auch China-Clay gehört. 49 000 t Futtermittel, 31 000 t Getreide, 5 000 t Getreideerzeugnisse und 3 000 t Dünger sind weitere Positionen des Empfanges. Schließlich sind noch 6 000 t Kohle zu erwähnen.

Im Hafen von Elmshorn wird in erster Linie Getreide (91 000 t) gelöscht. Es ist zum größten Teil für die dortigen Mühlenwerke bestimmt. Weiterhin werden noch 18 000 t Sand und Kies und 7 000 t Holz angeliefert. Auch der Umschlag von Futtermitteln (9 000 t) und Getreideerzeugnissen (4 000 t) mag erwähnt werden. Der Versand ist nur gering.

Ebenso wie in Elmshorn bestimmt auch in Glückstadt ein Industriebetrieb den Umschlag. 17 000 t Holz, 16 000 t Zellstoff, 27 000 t pflanzliche Rohstoffe, wozu Baumwoll-Linters zählen, und 16 000 t Sand, Kies und Ton dürften zum größten Teil für die Papierfabrik bestimmt sein. 27 000 t Kraftstoffe und Heizöl, 3 000 t Kohle und 13 000 t Steine wurden noch gelöscht.

In Großenbrode überwiegt der Versand. Durch den Fährbetrieb bedingt, bei dem die Waren mit Lastautos oder Güterwagen an Bord kommen, verteilt sich der Umschlag auf viele Hauptgütergruppen. Im Empfang stehen an der Spitze die Stückgüter mit 6 000 t. Auf ebenfalls 6 000 t brachte es die Gruppe "Holz". 5 000 t Obst und Gemüse, 3 000 t Zellstoff und 2 000 t Steine und Erden sind weitere wichtige Posten. In dem wesentlich größeren Versand spielen Fahrzeuge mit 24 000 t die erste Rolle. Fast ebensoviel Obst und Gemüse (23 000 t) würde verladen. Weiter verließen je 11 000 t Kohle und Maschinen den Hafen. 5 000 t Metallwaren und je 4 000 t chemische Erzeugnisse und Stückgüter runden das Bild.

Husum hat ein recht ausgeglichenes Verhältnis zwischen ankommenden und abgehenden Gütern. Als Hafen mit verhältnismäßig großem Hinterland hat es Umschläge der verschiedensten Güter. Baustoffe und landwirtschaftliche Produkte und Betriebsmittel sind die beiden Schwerpunkte. So werden 8 000 t Steine, 4 000 t Holz und 2 000 t Baustoffe empfangen und 22 000 t Steine, 2 000 t Sand und Kies, 7 000 t Baustoffe und je 1 000 t Holz und Kalk oder Zement versandt. Diese Materialien dienen nicht nur dem Hochbau, sondern auch den Bauten für

den Küstenschutz. An landwirtschaftlichen Artikeln stehen auf der Eingangsseite 20 000 t Getreide, 9 000 t Futtermittel und je 2 000 t Getreideerzeugnisse und lebende Tiere, auf der Ausgangsseite 13 000 t Getreide und 4 000 t Ölfrüchte. Von den restlichen Gütern sei nur noch die Löschung von 6 000 t Walzwerkserzeugnissen und 4 000 t Stückgütern erwähnt.

Der Hafen von Wyk auf Föhr dient der Versorgung der Insel und ist deshalb fast reiner Empfangshafen. In erster Linie kommen Baumaterialien an: 36 000 t Sand und Kies, 17 000 t Baustoffe, 10 000 t Steine, 5 000 t Kalk

und Zement und 2 000 t Holz. Der Wärme- und Energieversorgung dienen 5 000 t Steinkohle, 3 000 t Briketts, 5 000 t Kraftstoffe und Heizöl und 2 000 t sonstige Erdölderivate und Gase. Weiterhin wurden 5 000 t Nahrungs- und Genussmittel aller Art, 3 000 t Dünger und 1 000 t Futtermittel angeliefert. Je 2 000 t Stückgüter und Umzugsgüter oder Baugeräte bilden im wesentlichen den Rest. Versandt werden nur 5 000 t, wovon 4 000 t Getreide, Fleisch, Milch, Eier und Vieh sind und 1 000 t Umzugsgut und Baugeräte.

Dipl.-Math. Gerhard Schaub

Die Personenbeförderung mit öffentlichen Straßenverkehrsmitteln in den Jahren 1960 bis 1962

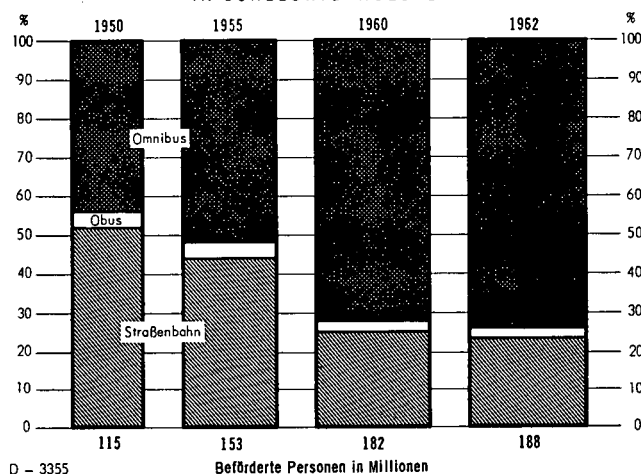
Die Verkehrsleistungen der öffentlichen Straßenverkehrsmittel in Schleswig-Holstein haben auch in den Jahren 1961 und 1962 weiter zugenommen. Die Zahl der beförderten Personen erhöhte sich im Jahre 1962 auf ca. 188 Millionen, das sind 6 Millionen Personen mehr, als im Jahre 1960 mit öffentlichen Straßenverkehrsmitteln gefahren sind. In der Zahl sind alle von schleswig-holsteinischen Straßenverkehrsbetrieben (Straßenbahnen, Omnibussen und Obussen) beförderten Personen enthalten, und zwar einschl. der von Kraftomnibussen der Bundespost und Bundesbahn beförderten. Nicht enthalten ist der öffentliche Verkehr mit Taxen und Mietwagen.

Der Anteil der Straßenbahnen an der gesamten Verkehrsleistung im öffentlichen Straßenverkehr ist während des Berichtszeitraumes wiederum leicht zurückgegangen. Die beförderte Personenzahl auf der Schiene nahm zwar nur geringfügig von 45 Millionen im Jahre 1960 auf 44 Millionen im Jahre 1962 ab; dem steht aber die Zunahme des Omnibusverkehrs um 7 Millionen Personen während des Berichtszeitraumes auf 140 Millionen im Jahre 1962 gegenüber.

Der Beförderung von Personen mit Obussen kommt in Schleswig-Holstein nur eine geringe Bedeutung zu. Sowohl 1961 als auch 1962 sind die erbrachten Beförderungsleistungen geringfügig zurückgegangen. Im Jahre 1962 wurden insgesamt nur 4,7 Millionen Personen befördert.

Die Länge der im Straßenbahnverkehr unterhaltenen Linien hat sich während des Berichtszeitraumes nicht verändert. Sie betrug am 31.12.1962 75 km. Damit sind bis zu diesem Zeitpunkt seit über drei Jahren in Schleswig-Holstein keine Straßenbahnlinien mehr stillge-

Entwicklung des öffentlichen Strassenverkehrs
IN SCHLESWIG-HOLSTEIN



legt worden. Das Liniennetz, das im Jahre 1955 noch 148 km betragen hat, ist nunmehr auf einen Umfang zusammengeschrumpft, der kaum noch weitere Stilllegungen zuläßt, ohne daß davon wichtige Hauptlinien betroffen werden oder unter Umständen ganze Straßenbahnunternehmen ihren Betrieb einstellen müssen.

Die gefahrenen Wagenkilometer der Straßenbahnbetriebe und ihr Fahrzeugbestand sind während des Berichtszeitraumes um 10% und 5% gesunken. Diese Zahlen sind jedoch kein Maßstab für den Rückgang der Verkehrsleistungen. Die beförderte Personenzahl hat demgegenüber nur um etwas mehr als 1% abgenommen, woraus zu entnehmen ist, daß von den Unternehmen weitere Fortschritte in dem Bestreben erzielt worden sind, die Betriebsführung zu rationalisieren.

Im Omnibuslinienverkehr ist die Liniennlänge zunächst während des Jahres 1961 leicht zu-

Linienlänge, gefahrene Wagenkilometer und Fahrzeugbestand in den Jahren 1960 – 1962

| Jahr | Straßenbahnen | | | Omnibusse | | | Fahrzeugbestand ¹ (30. 6.) |
|------|-----------------------------------|----------------------------------|-----------------------------------|----------------------------------|--------------------------|--------------------------------|--|
| | Linienlänge in km (31. 12.) | Millionen Wagen- kilometer | Fahrzeug- bestand (31. 12.) | im Linienverkehr | | im Gelegenheits- verkehr | |
| | | | | Linienlänge in km (30. 6.) | Millionen Wagenkilometer | | |
| 1960 | 75 | 7,6 | 208 | 10 527 | 49,7 | 10,9 | 1 097 |
| 1961 | 75 | 7,2 | 200 | 10 484 | 47,4 | 12,1 | 1 110 |
| 1962 | 75 | 6,9 | 199 | 10 745 | 47,3 | 11,3 | 1 087 |

1) ohne Post- und Bundesbahnbusse

rückgegangen, im Jahre 1962 ist sie aber wieder gestiegen. Sie betrug am 30. 6. 1962 10 745 km, das sind etwa 2% mehr als zum gleichen Zeitpunkt des Jahres 1960. Trotz des vergrößerten Liniennetzes gelang es auch dem Omnibuslinienverkehr, die Zahl der beförderten Personen in diesen zwei Jahren um 6% zu steigern und gleichzeitig die Betriebsleistung (gefahrte Wagenkilometer) um 5% zu senken. Derartige Ergebnisse, die sich natürlich auf die Betriebskostenrechnung der Unternehmen günstig auswirken, lassen sich z. B. durch Straffung des Fahrplans (insbesondere auf Nahverkehrsstrecken) und durch den Einsatz von Großraumfahrzeugen erzielen. So sind in Kiel seit 1962 teilweise neue eineinhalbstöckige Omnibusse in Betrieb genommen worden.

Im Gelegenheitsverkehr mit Omnibussen ist die Zahl der beförderten Personen recht gering, wenn man sie dem Linienverkehr gegenüberstellt. Sie lag im Gelegenheitsverkehr während des Berichtszeitraumes stets bei ca. 3 Millionen im Jahr gegenüber 137 Millionen im Linienverkehr im Jahre 1962. Im Gegensatz hierzu werden im Gelegenheitsverkehr relativ mehr Wagenkilometer gefahren als im Linienverkehr, wenn man sie auf die beförderte Personenzahl bezieht. Dies läßt eine wesentlich höhere durchschnittliche mittlere Reiseweite je beförderte Person im Gelegenheitsverkehr vermuten als im Linienverkehr. Exakte Zahlen hierüber können leider nicht veröffentlicht werden, da dem Statistischen Landesamt über die geleiste-

ten Personenkilometer in Schleswig-Holstein keine genauen Angaben vorliegen.

Die Entwicklung der Einnahmen der schleswig-holsteinischen Straßenverkehrsunternehmen seit dem Jahre 1960 ist auf der folgenden Tabelle abzulesen. Insgesamt sind die Einnahmen im Berichtszeitraum um 8% angestiegen, und zwar verteilt sich die prozentuale Zunahme verhältnismäßig gleichmäßig auf den Straßenbahnverkehr wie den Omnibusverkehr. Nur das Jahr 1962 brachte im Straßenbahnverkehr einen leichten Rückgang der Einnahmen.

Die Einnahmen sind einmal von der Zahl der beförderten Personen abhängig, zum anderen aber auch von den Fahrpreisen. Im Straßenbahnverkehr hat, wie bereits oben erwähnt wurde, die beförderte Personenzahl seit 1960 nur geringfügig abgenommen. Trotzdem sind die Einnahmen im Jahre 1961 auf 13,6 Millionen DM angestiegen gegenüber 12,7 Millionen DM im Jahre 1960. Dies ist auf die einschneidende Tariferhöhung bei der Kieler Verkehrs-AG im Sommer 1960 zurückzuführen. Auch aus der Entwicklung der Einnahmen je beförderte Person läßt sich diese Fahrpreiserhöhung ablesen. In den Jahren 1961 und 1962 sind die Fahrpreise demgegenüber konstant geblieben. Da es in Schleswig-Holstein nur drei Unternehmen gibt, die Straßenbahnverkehr betreiben, sind irgendwelche tarifpolitischen Maßnahmen besonders deutlich an der Veränderung der Einnahmen abzulesen.

Einnahmenentwicklung der schleswig-holsteinischen Straßenverkehrsunternehmen 1960 – 1962

| Jahr | Einnahmen Insgesamt in Mill. DM | Straßenbahnverkehr | | | Omnibusverkehr | | |
|------|--|-----------------------------|--|---|--|--|---|
| | | Einnahmen in Mill. DM | Einnahme je beförderte Person ¹ in Pf. | Einnahmen je Wagen- kilometer in DM | Einnahmen ² in Mill. DM | Einnahme je beförderte Person ¹ in Pf. | Einnahmen je Wagen- kilometer in Pf. |
| | | | | | | | |
| 1960 | 75,3 | 12,7 | 28,3 | 1,66 | 62,7 | 40,2 | 1,05 |
| 1961 | 79,6 | 13,6 | 30,7 | 1,90 | 66,0 | 40,8 | 1,13 |
| 1962 | 81,7 | 13,5 | 30,7 | 1,97 | 68,2 | 41,4 | 1,19 |

1) einschl. der Personen, die mit Sondertarifen oder Freifahrtscheinen befördert werden

2) Im Linien- und Gelegenheitsverkehr

Der Omnibusverkehr wurde in Schleswig-Holstein am 30.6.1962 von 136 verschiedenen Unternehmen betrieben. Die Einnahmen sind einmal durch die wachsende Zahl der beförderten Personen ständig gestiegen, zum anderen haben auch während der Berichtszeit verschiedene Tarifierhöhungen stattgefunden, so daß die Einnahmen je beförderte Person regelmäßig lang-

sam angestiegen sind. Die durchschnittlichen Fahrpreise im Omnibuslinienverkehr sind wegen der Überlandstrecken um etwa ein Drittel höher als im Straßenbahnverkehr.

Dipl.-Volksw. Klaus Scheithauer

Vergleiche auch: "Öffentliche Straßenverkehrsmittel in den Jahren 1955 bis 1960" in Stat. Monatsh. S.-H. 1962, S. 49 (Februar)

Die Entwicklung des Lastenausgleichs in Schleswig-Holstein 1961 bis 1963

- Von Leitendem Ministerialrat Dr. Werner Wragge, Kiel -

Über die Entwicklung des Lastenausgleichs in Schleswig-Holstein ist in den Statistischen Monatsheften zuletzt im Juli 1961 (S. 156 ff.) berichtet worden. Die nachstehenden Ausführungen für die Jahre 1961 bis 1963 sind als Fortsetzung gedacht und deshalb im Aufbau so gestaltet, daß ein Vergleich mit den früheren Jahren möglich ist.

Einnahmen

Entwicklung der Lastenausgleichsabgaben in Schleswig-Holstein

| | 1961 | 1962 | 1963 | 1949-63 |
|------------------------|--------------|-------------|-------------|----------------|
| | - Mill. DM - | | | |
| Hypothekengewinnabgabe | 24,0 | 27,0 | 20,3 | 432,3 |
| Kreditgewinnabgabe | 2,0 | 2,0 | 1,7 | 18,9 |
| Vermögensabgabe | 45,0 | 47,4 | 43,0 | 750,8 |
| Insgesamt | 71,0 | 76,4 | 65,0 | 1 202,0 |

Nachdem in den ersten Jahren nach dem Inkrafttreten des Soforthilfegesetzes und des Lastenausgleichsgesetzes infolge der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse sehr erhebliche Rückstände bei den Soforthilfeabgaben und Lastenausgleichsabgaben entstanden waren, werden jetzt die laufenden Abgaben in der Regel pünktlich entrichtet. Die aufgelaufenen Steuerrückstände werden sogar erfreulicherweise allmählich abgebaut. Das Aufkommen der Lastenausgleichsabgaben hat sich folglich weiterhin wider Erwarten günstig entwickelt. Das außergewöhnliche Ansteigen der Ausgleichsabgaben im Jahre 1962 ist darauf zurückzuführen, daß in diesem Jahr bei vorzeitiger Ablösung zum letzten Mal der günstige Bonus von 8% gewährt werden konnte. Der Bonus ist inzwischen auf 6% herabgesetzt worden. Mit Rücksicht hierauf war für das Jahr 1963 mit einem sehr erheblichen Rückgang des Aufkommens der Ausgleichsabgaben gerechnet worden. Der Rückgang hat sich jedoch nicht so stark wie

erwartet ausgewirkt, weil inzwischen die Möglichkeit geschaffen worden ist, die Ablösung kleinerer Beträge bis zu 1 000 DM gegen Gewährung eines Bonus zwangsweise durchzuführen. Diese Maßnahmen werden voraussichtlich auch im Jahre 1964 noch anhalten und das Aufkommen aus den Lastenausgleichsabgaben günstig gestalten.

Seit Jahren ist von den am Grundstücksverkehr interessierten Kreisen darauf hingewiesen worden, daß die Sicherheit des Grundbuchs infolge der Entstehung der Umstellungsgrundschulden nicht mehr gewährleistet sei. Durch das Gesetz über Maßnahmen auf dem Gebiete des Grundbuchwesens vom 20. Dezember 1963 ist nunmehr bestimmt, daß von Amts wegen die Anbringung eines Stempels im Grundbuch über das Bestehen einer Umstellungsgrundschuld beantragt und herbeigeführt werden kann. Die hierfür erforderlichen Arbeiten werden demnächst aufgenommen werden.

Entwicklung der Zuschüsse des Landes Schleswig-Holstein an den Ausgleichsfonds

| | 1961 | 1962 | 1963 | 1949-63 |
|---|--------------|-------------|-------------|--------------|
| | - Mill. DM - | | | |
| Zuschuß aus dem Vermögensteueraufkommen | 6,0 | 8,2 | 7,6 | 100,1 |
| Garanzuschuß des Landes | 5,2 | 3,8 | 3,3 | 21,9 |
| Zuschuß des Landes zur Unterhaltshilfe | 8,9 | 9,0 | 8,9 | 84,3 |
| Teuerungszuschlag | - | - | - | 1,4 |
| Insgesamt | 20,1 | 21,0 | 19,8 | 207,7 |

Seit dem Rechnungsjahr 1959 müssen die Länder 25% ihres Vermögensteueraufkommens als Zuschuß an den Ausgleichsfonds abführen. Da mit einer laufend ansteigenden Vermögensbildung gerechnet wird, kann auch mit einem laufenden Ansteigen des Aufkommens aus der Vermögensteuer gerechnet werden und damit auf künftige Erhöhungen des Zuschusses, den die Länder jährlich aus dem Vermögensteuer-

aufkommen an den Ausgleichsfonds zu leisten haben. Das Ansteigen der Zuschüsse des Landes Schleswig-Holstein von 1961 auf 1962 läßt dies deutlich in Erscheinung treten. Der leichte Rückgang im Jahre 1963 hat lediglich steuer-technische Gründe, die mit der Vermögensteuerveranlagung zusammenhängen.

Seit 1959 gewähren die Länder dem Ausgleichsfonds Garantiezuschüsse, die sich auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen jährlich mindern und im Rechnungsjahr 1966 ganz auslaufen.

Der Zuschuß von Bund und Ländern zur Unterhaltshilfe ist bisher auf höchstens 500 Mill. DM jährlich begrenzt. Zur Zeit wird über eine Erhöhung des Anteils von Bund und Ländern über 500 Mill. DM hinaus im Lastenausgleichsausschuß des Bundestages im Zuge der 17. Novelle zum Lastenausgleichsgesetz beraten. Es muß damit gerechnet werden, daß vor Erhöhung dieses Zuschusses der Vermittlungsausschuß von Bundestag und Bundesrat angerufen wird.

Der Teuerungszuschlag war eine einmalige Leistung aller Länder im Jahre 1953.

Gesamtleistung aus Schleswig-Holstein an den Ausgleichsfonds

| | 1961 | 1962 | 1963 | 1949-63 |
|-------------------------|--------------|-------------|-------------|----------------|
| | - Mill. DM - | | | |
| Lastenausgleichsabgaben | 71,0 | 76,4 | 65,0 | 1 202,0 |
| Zuschüsse des Landes | 20,1 | 21,0 | 19,8 | 207,7 |
| Insgesamt | 91,1 | 97,4 | 84,8 | 1 409,7 |

Die Gesamtleistungen aus dem Land Schleswig-Holstein an den früheren Soforthilfefonds und den Ausgleichsfonds haben nunmehr den Betrag von 1,4 Milliarden DM überschritten, wovon rund 1,2 Milliarden DM von den Abgabepflichtigen unmittelbar aufgebracht worden sind und rund 200 Mill. DM durch den Landeshaushalt.

Ausgaben

Die Auszahlungen der Kriegsschadenrente sind in den Jahren 1961 bis 1963 durch die 14. und 16. Novelle zum Lastenausgleichsgesetz stark beeinflußt worden. Auf die Änderungen, die die 14. Novelle mit sich gebracht hat, ist bereits im Bericht vom Juli 1961 hingewiesen worden. Wenn die Auszahlungen 1962 höher lagen als

Leistungen des Ausgleichsfonds durch die Amtskassen
(mit Ausnahme der Hauptentschädigung)

| | 1961 | 1962 | 1963 | 1949-63 |
|----------------------|--------------|--------------|--------------|----------------|
| | - Mill. DM - | | | |
| Kriegsschadenrente | 99,8 | 122,5 | 117,9 | 1 179,9 |
| Hausratentschädigung | 9,2 | 7,0 | 4,6 | 525,5 |
| Ausbildungshilfe | 2,6 | 1,9 | 2,0 | 84,7 |
| Heimförderung | 0,3 | 0,1 | 0,2 | 14,6 |
| Insgesamt | 111,9 | 131,5 | 124,7 | 1 804,7 |

1963, so ist das auf die erheblichen Nachzahlungen zurückzuführen, die auf Grund der 14. Novelle im Jahre 1962 geleistet werden mußten. Die Auszahlungen an Unterhaltshilfe im Jahre 1963 betragen im Bundesgebiet 1,494 Mrd. DM, der Anteil von Schleswig-Holstein belief sich auf 7,9%. Der Vergleich der Auszahlungen für die Unterhaltshilfe im Bundesgebiet und in Schleswig-Holstein macht deutlich, ein welcher hoher Prozentsatz von alten Menschen sich unter den Geschädigten in Schleswig-Holstein befindet.¹ Im Jahre 1963 erhielten in Schleswig-Holstein rund 40 400 Familien Unterhaltshilfe, etwa 29 200 Entschädigungsrente.

Durch die 16. Novelle ist der viele Jahre hindurch umstritten gewesene Stichtag zugunsten der Vertriebenen geändert worden, die zunächst ihren Aufenthalt in der Sowjetzone genommen hatten. Alle Vertriebenen sind nunmehr gleichgestellt. Zur Zeit wird über die 17. Novelle beraten, die eine Erhöhung der Unterhaltshilfesätze, eine Erhöhung der Freibeträge und voraussichtlich eine wesentliche Erhöhung des Selbständigenzuschlags bringen wird.

Die Auszahlungen für die Hausratentschädigung sind erwartungsgemäß weiter rückläufig. Von den 500 000 in Schleswig-Holstein eingegangenen Anträgen sind 7 000 (1,4%) noch nicht erledigt. Es handelt sich hierbei fast ausschließlich um Fälle, in denen die Erben der inzwischen verstorbenen Geschädigten überhaupt nicht oder nur noch unter sehr großen Schwierigkeiten aufgefunden werden können.

Für die Ausbildungshilfe sind die Auszahlungen in den Jahren 1961 und 1962 weiter zurückgegangen. Die Zahl der zu Fördernden hat auch im Jahre 1963 weiter abgenommen. Infolge der Erhöhung der Sozialhilfesätze, die die Grundlage für die Förderung im Einzelfall bilden, sind jedoch im Jahre 1963 die Auszahlungsbeträge nicht mehr weiter zurückgegangen.

Für die Heimförderung stehen noch geringe, bereits verplante Restbeträge zur Verfügung, die lediglich infolge des langsamen Baufortschritts noch nicht ausgezahlt sind.

Leistungen des Ausgleichsfonds durch Geldinstitute

| | 1961 | 1962 | 1963 | 1949-63 |
|-----------------------------------|--------------|-------------|-------------|----------------|
| | - Mill. DM - | | | |
| Wohnungsbau | 40,0 | 40,7 | 17,4 | 755,2 |
| Landwirtschaft | 6,5 | 4,7 | 6,2 | 288,4 |
| Gewerbliche Wirtschaft | 4,0 | 3,5 | 2,2 | 158,3 |
| Währungsausgleich Altsparengesetz | 0,3 | 0,2 | 0,2 | 96,5 |
| Insgesamt | 50,8 | 49,1 | 26,0 | 1 298,4 |

Der Wohnungsbau für die Geschädigten hat auch in den Jahren 1961 bis 1963 in Schleswig-Hol-

¹) Von der Bevölkerung der Bundesrepublik leben 4,3 % in Schleswig-Holstein

stein nicht an Bedeutung verloren. Die Finanzierung gestaltete sich wegen der Verteuerung der Baukosten, der gestiegenen Wohnungsansprüche und der im Gesetz vorgesehenen Rückläufigkeit der Aufbaudarlehen immer schwieriger. Während es in den früheren Jahren immer wieder gelungen war, einigermaßen ausreichende Mittel an Aufbaudarlehen für den Wohnungsbau zu erhalten, sind die Mittelzuteilungen im Jahre 1963 erstmalig so erheblich gesunken, daß eine ernste Gefahr für den Wohnungsbau für die Geschädigten bestand. Um den Wohnungsbau für die Geschädigten nicht zum Erliegen kommen zu lassen, hat das Land Schleswig-Holstein den Finanzminister ermächtigt, in sozial besonders dringenden Fällen an die bevorrechtigten Geschädigten Darlehenszusagen über die vom Ausgleichsfonds bereitgestellten Mittel hinaus zu erteilen. Außerdem sind im Jahr 1964 die für die Jahre 1964 bis 1966 noch zu erwartenden Beträge an Aufbaudarlehen für den Wohnungsbau vom Ausgleichsfonds bereitgestellt worden, so daß es voraussichtlich möglich sein wird, den Bewilligungsrahmen 1964 noch in der Höhe des Jahres 1963 aufrechtzuerhalten. Der Lastenausgleichsausschuß des Bundestages beschäftigt sich zur Zeit mit der Frage, ob für die Jahre 1965 und 1966 nochmals besondere Mittel für den Wohnungsbau aus dem Ausgleichsfonds zur Verfügung gestellt werden sollen.

Die Gewährung von Aufbaudarlehen für die gewerbliche Wirtschaft und die freien Berufe endet nach der derzeitigen Gesetzeslage am 31. 3. 1964. Der Lastenausgleichsausschuß des Bundestages berät zur Zeit darüber, ob für Spätvertriebene noch Mittel für Aufbaudarlehen für die gewerbliche Wirtschaft und die freien Berufe zur Verfügung gestellt werden können.

Die Auszahlungen auf Grund des Währungsausgleichsgesetzes fallen kaum noch ins Gewicht; von 357 500 Anträgen waren am 31. 12. 1963 noch 226 (0,06%) unerledigt.

Erfüllung der Hauptentschädigung

| | 1961 | 1962 | 1963 | 1957-63 |
|------------------------------|--------------|------|------|-----------------|
| | - Mill. DM - | | | |
| Barerfüllung | 61,2 | 82,4 | 49,3 | 304,2 |
| Erfüllung durch Spareinlagen | 5,5 | 12,3 | 22,0 | 1961-63 39,9 |
| Insgesamt | 66,7 | 94,7 | 71,3 | 344,1 |

Die Ausgaben in den Jahren 1961 bis 1963 sind in wesentlich größerem Umfang als in den früheren Jahren durch die Erfüllung der Hauptentschädigung gekennzeichnet. Diesen Leistungen muß daher im Gegensatz zu den früheren Berichten nunmehr ein besonderer Abschnitt gewidmet werden.

Voraussetzung für die Erfüllung der Hauptentschädigung ist, daß der dem Antragsteller entstandene Vermögensschaden festgestellt und zuerkannt ist. Die Schadensfeststellung erfolgt auf Grund des früheren Einheitswertes oder eines Ersatzeinheitswertes unter Berücksichtigung der früheren Schulden. Bis zum 31. 12. 1963 waren in Schleswig-Holstein insgesamt 343 927 Anträge für Vermögensschäden eingegangen (die Anträge sind in den letzten Monaten immer noch um nahezu 600 Stück monatlich angestiegen). Von den eingereichten Anträgen waren bis zum 31. 12. 1963 88,9% endgültig entschieden; in weiteren 5,8% der Fälle war ein Teilbescheid erteilt. Nur bei 4,9% der Anträge konnte bis 31. 12. 1963 ein Bescheid noch nicht erteilt werden. Mit diesen Leistungen liegen die Ausgleichsämtler in Schleswig-Holstein bei weitem an der Spitze im Bundesgebiet. Man darf jedoch die große Arbeitslast nicht unterschätzen, die mit den 17 000 noch unerledigten und mit den 20 000 erst teilweise entschiedenen Anträgen verbunden ist.

Bereits im Bericht vom Juli 1961 war auf die Erhöhung der Staffelsätze für die Hauptentschädigung in der damals bevorstehenden 14. Novelle zum Lastenausgleichsgesetz hingewiesen worden. Sie wirkte sich erheblich auf die Erfüllung der Hauptentschädigung 1961 und 1962 aus. Während in den Jahren 1958 bis 1960 jährlich 18,0, 42,4 und 42,3 Mill. DM (Rj. 1960 umfaßte nur 9 Monate) für die Hauptentschädigung ausgezahlt worden waren, stieg die Barerfüllung in den Jahren 1961 und 1962 erwartungsgemäß sehr erheblich an, zumal in diesen beiden Jahren ausreichende Barmittel zur Verfügung gestellt werden konnten, wozu auch noch die Länder 1962 durch einen Vorfinanzierungsbetrag von rund 300 Mill. DM beitrugen. Im Jahre 1963 trat dann ein sehr erheblicher Rückschlag in der Auszahlung der Hauptentschädigung deshalb ein, weil

- a) ein nicht unerheblicher Teil der Hauptentschädigung - insbesondere auch in Schleswig-Holstein - in den Jahren 1961 und 1962 bereits erfüllt worden war,
- b) die Barmittel infolge früher eingegangener Rückzahlungsverpflichtungen des Ausgleichsfonds zunächst sehr knapp waren,
- c) die Hauptentschädigung in größerem Umfang durch die Errichtung von Spareinlagen erfüllt werden konnte.

Die Erfüllung der Hauptentschädigung durch Errichtung von Spareinlagen hat sich als eine sehr geschickte Vorfinanzierung des Lastenausgleichs erwiesen. Bei der Durchführung des Währungsausgleichsgesetzes und des Altspargengesetzes war die Erfahrung gemacht worden, daß bei der Erfüllung von Leistungen über Spar-

konten ein sehr erheblicher Teil der auf den Sparkonten befindlichen Beträge nicht abgehoben wird. Deshalb ist ein Übereinkommen zwischen dem Bundesausgleichsamt und den Spitzenverbänden der Banken und Sparkassen abgeschlossen worden, das vorsieht:

- a) Gutschrift der Erfüllungsbeträge auf Sparkonten,
- b) sofortige Überweisung von 25% der gutgeschriebenen Erfüllungsbeträge an die Bank oder Sparkasse, bei der das Sparkonto errichtet ist,
- c) Verzinsung der restlichen 75% mit 4% bei Abzahlung des Restes in Teilbeträgen,
- d) Auszahlung des Erfüllungsbetrages bis zu 100% durch die Banken und Sparkassen auf Wunsch des Sparkonteninhabers.

Da ein großer Teil der gutgeschriebenen Sparbeträge nicht abgerufen wird, sind die Banken und Sparkassen ohne Schwierigkeiten in der Lage, den Wünschen der wenigen Geschädigten zu entsprechen, die den Sparbetrag voll ausgezahlt haben möchten.

Die Erfüllung der Hauptentschädigung durch Errichtung von Spareinlagen ist nach Verabschiedung der 13. Novelle zum Lastenausgleichsgesetz im Jahre 1961 angelaufen. Nach einem gewissen Zögern seitens der Geschädigten hat diese Erfüllungsmöglichkeit sich im Jahre 1962 gut entwickelt und 1963 die gestellten Erwartungen in vollem Umfang erfüllt. Nach der derzeitigen Gesetzeslage können Hauptentschädigungsbeträge bis zu insgesamt 2 Milliarden DM über die Errichtung von Spareinlagen erfüllt werden; dabei soll der Betrag von 500 Mill. DM pro Jahr nicht überschritten werden. Im Jahre 1963 sind 493 Mill. DM im Bundesgebiet durch Errichtung von Spareinlagen erfüllt worden. Insgesamt waren bis 31.12.1963 im Bundesgebiet 820 Mill. DM über Spareinlagen erfüllt. Die Erfüllung von Hauptentschädigung durch die Errichtung von Spareinlagen ist bisher nur möglich für die auf Grund der Schadensfeststellung zuerkannten Grundbeträge; nicht dagegen für die vom 1.1.1953 bis 31.12.1962 aufgelaufenen 40% Zinsen. Die Begründung von Spareinlagen ist zur Zeit nur bis zum Höchstbetrag von 5 000 DM möglich; die Antragsteller müssen über 40 Jahre alt sein. Sobald sich erkennen läßt, daß die für 1964 zur Verfügung stehenden 500 Mill. DM zur Errichtung von Spareinlagen nicht voll ausgeschöpft werden, weil nicht genügend Anträge eingehen, wird der Präsident des Bundesausgleichsamtes den Wegfall der Altersgrenze verfügen.

Im November 1963 ist die 21. Leistungsdurchführungsverordnung zum Lastenausgleichsgesetz vom Bundesrat verabschiedet worden, nach der nunmehr die Hauptentschädigung auch

durch Schuldverschreibungen und Schuldbuchforderungen erfüllt werden kann. Die Schuldverschreibungen und Schuldbuchforderungen sind bundesverbürgt, mündelsicher, deckungsstockfähig und lombardfähig. Sie werden mit 6% im Jahr verzinst; der Zinssatz liegt folglich um 2% höher als der im Gesetz vorgesehene Zinssatz für die Hauptentschädigung. Der Auszahlungskurs beträgt 100%. Der Berechtigte erhält in Höhe des zu erfüllenden Grundbetrages Schuldverschreibungen oder eine Einzelschuldbuchforderung, deren Schuldner der Ausgleichsfonds ist.

Die Schuldverschreibungen sind Wertpapiere, die nach Art und Ausstattung den sonst auf dem Kapitalmarkt umlaufenden Schuldverschreibungen entsprechen. Sie werden für den Berechtigten auf Girosammeldepotkonto bei der von ihm gewählten Depotbank gutgeschrieben. Dabei ist die längerfristige Festlegung zum prämiengünstigen Sparen nach dem Sparprämienengesetz möglich, wodurch ein Prämienengewinn von 20% erzielt werden kann. Schuldverschreibungen und Schuldbuchforderungen können ebenfalls bis zum Betrage von 2 Milliarden DM begründet werden; der jährliche Betrag soll auch hier 500 Mill. DM nicht überschreiten. Wie bei der Regelung über die Spareinlagen können die Schuldverschreibungen und Schuldbuchforderungen nur für Grundbeträge - nicht für aufgelaufene Zinsen - begründet werden. Die Altersgrenze für Anträge wird ab 1.4.1964 auf 40 Jahre herabgesetzt und dann wegfallen, wenn übersehen werden kann, daß der Betrag von 500 Mill. DM jährlich nicht ausgeschöpft werden kann, weil keine entsprechenden Anträge vorliegen.

Ein wesentlicher Unterschied zwischen den Bestimmungen über die Errichtung von Spareinlagen und jenen über die Schuldverschreibungen und Schuldbuchforderungen ist, daß ein Höchstbetrag für die Schuldverschreibungen und Schuldbuchforderungen im Einzelfall nicht vorgesehen ist, während Spareinlagen nur bis zum Betrage von 5 000 DM begründet werden können. Geschädigte, die einen Teil ihrer Hauptentschädigung bereits in bar oder in Form einer Spareinlage erhalten haben, können nunmehr für den Rest Erfüllung durch Schuldverschreibungen oder Schuldbuchforderungen beantragen.

Aus dem Vorstehenden ergibt sich, daß die Erfüllung der Hauptentschädigung durch Begründung von Spareinlagen, durch Schuldverschreibungen oder Schuldbuchforderungen in allen Fällen möglich ist, in denen die Geschädigten im Zeitpunkt der Schädigung das 21. Lebensjahr überschritten hatten, wenn

- a) die Hauptentschädigung zuerkannt ist,
- b) die Hauptentschädigung nicht wegen der Kriegsschadenrente gesperrt ist,

c) die Hauptentschädigung nicht mit bereits gewährten Darlehen verrechnet werden muß.

Es besteht die berechtigte Hoffnung, daß die Beschränkung der Altersvoraussetzungen entweder noch 1964 oder Anfang 1965 wegfallen wird.

Außer durch Barmittel, Spareinlagen, Schuldbuchforderungen und Schuldverschreibungen wird die Hauptentschädigung auch noch erfüllt durch Anrechnung der Kriegsschadenrente auf die Hauptentschädigung, durch Umwandlung von Aufbaudarlehen in Hauptentschädigung und durch Verrechnung auf überzahlte Beträge. Bis 31. 12. 1963 waren in Schleswig-Holstein insgesamt erfüllt:

| | Anzahl der Fälle | Beträge in Mill. DM |
|---|------------------|---------------------|
| durch Barerfüllung | 130 908 | 308,6 |
| durch Begründung von Spareinlagen und Schuldbuchforderungen | 14 574 | 40,6 |
| durch Anrechnung auf Kriegsschadenrente | 21 982 | 34,5 |
| durch Umwandlung mit Aufbaudarlehen | 24 286 | 101,9 |
| durch Verrechnung | 853 | 0,7 |
| | | <u>486,3</u> |

Die ab 1. 1. 1963 entstehenden Zinsen für die Hauptentschädigung werden bar ausgezahlt. In den Barerfüllungsbeträgen des Jahres 1963 sind erstmalig 4,5 Mill. DM Zinsen für die Hauptentschädigung enthalten. Hieraus kann der Schluß gezogen werden, daß in Schleswig-Holstein am 31. 12. 1963 ungefähr 112,5 Mill. DM an Hauptentschädigung zuerkannt, aber noch nicht erfüllt waren. Da für das Jahr 1964 in Schleswig-Holstein zur Erfüllung der Hauptent-

schädigung 50 Mill. DM an Barmitteln, 27 Mill. DM für Spareinlagen und 27 Mill. DM für Schuldverschreibungen zur Verfügung stehen, können die bis zum 31. 12. 1963 zuerkannten Beträge im Jahre 1964 nahezu voll erfüllt werden, wenn die Geschädigten von den gegebenen Erfüllungsmöglichkeiten Gebrauch machen.

Bis Ende November 1963 waren aus dem Soforthilfefonds und dem Ausgleichsfonds im gesamten Bundesgebiet 50 Milliarden DM ausgezahlt. Das Land Schleswig-Holstein ist hieran mit etwa 3,4 Milliarden DM (6,8%) beteiligt.

Neben den neuen Aufgaben, die aus der bereits erwähnten 17. Novelle zum Lastenausgleichsgesetz entstehen, muß vor allem das Problem der Auszahlung der festgefrorenen Zinsen gelöst werden, die für die Hauptentschädigung in der Zeit vom 1. 1. 1953 bis 31. 12. 1962 entstanden sind. Es sollte ernsthaft geprüft werden, ob eine Lösung dieses Problems über Schuldbuchforderungen und Schuldverschreibungen möglich ist.

Der Gesetzgeber beschäftigt sich neben der 17. Novelle zum Lastenausgleichsgesetz zur Zeit mit dem Reparationsschädengesetz und mit dem Gesetz über die Beweissicherung und Feststellung von Vermögensverlusten in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und im sowjetischen Sektor von Berlin (Beweissicherungsgesetz). Die hieraus entstehenden neuen Verwaltungsaufgaben werden voraussichtlich von den Ausgleichsbehörden übernommen werden müssen.

Vergleiche auch: "Die Entwicklung des Lastenausgleichs in Schleswig-Holstein 1959 und 1960" in Stat. Monatsh. S.-H. 1961, S. 156 (Juli)

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet z. B. "1-5": "1 bis unter 5".

Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, \bar{x} = Durchschnitt.

- = Zahlenwert genau Null

0 = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit

. = Zahlenwert aus sachlichen oder technischen Gründen unbekannt

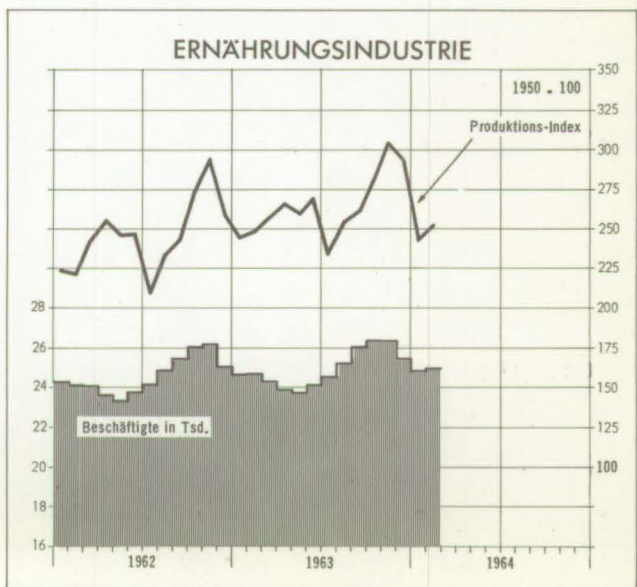
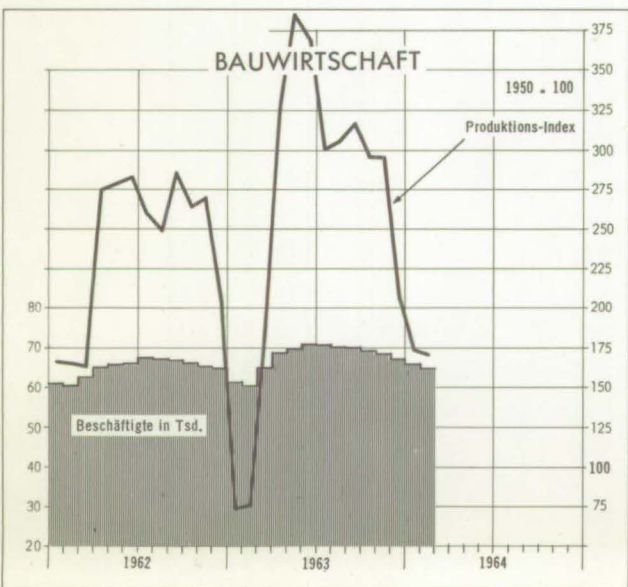
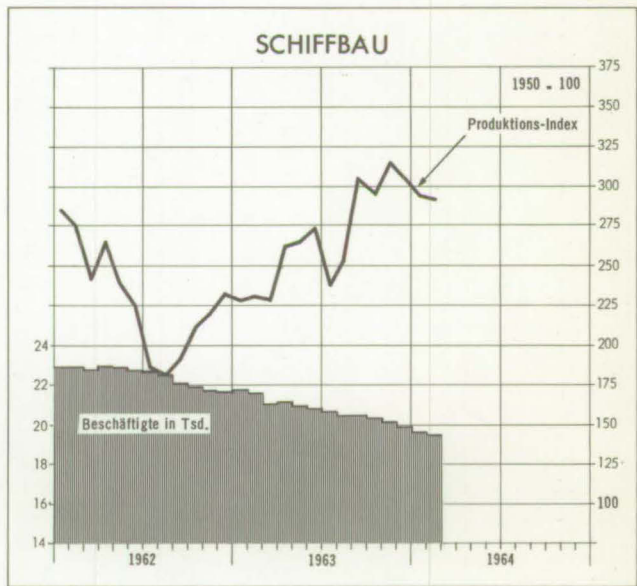
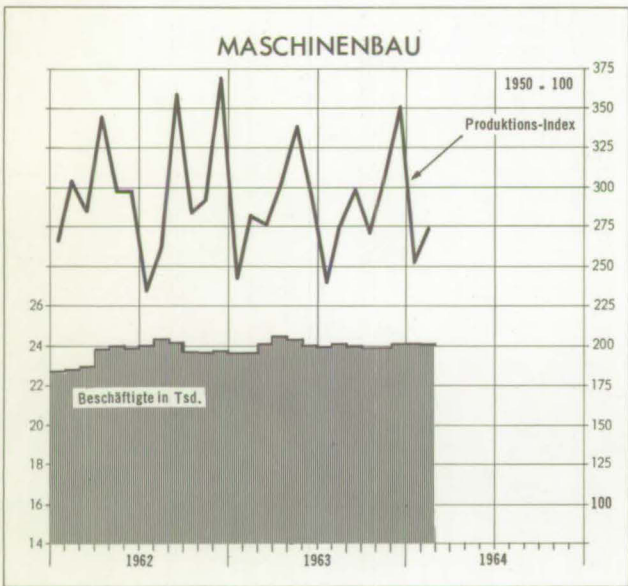
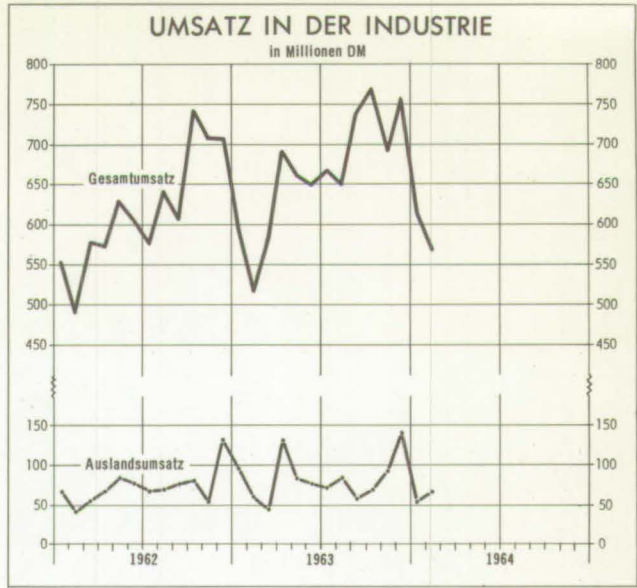
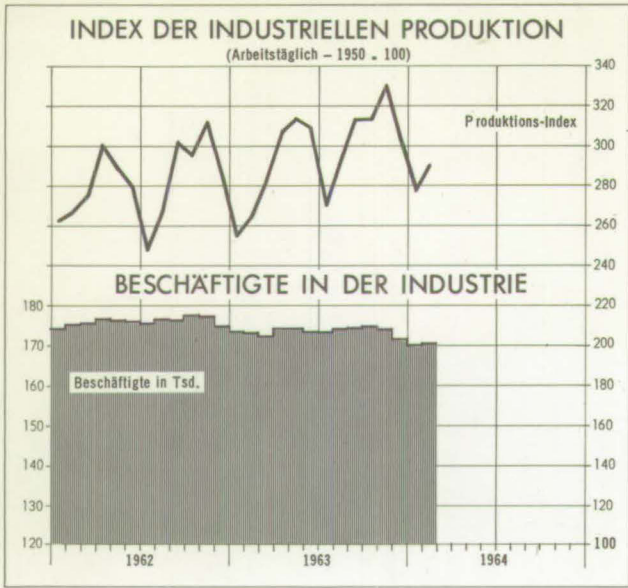
oder aus anderen Gründen nicht eingesetzt,

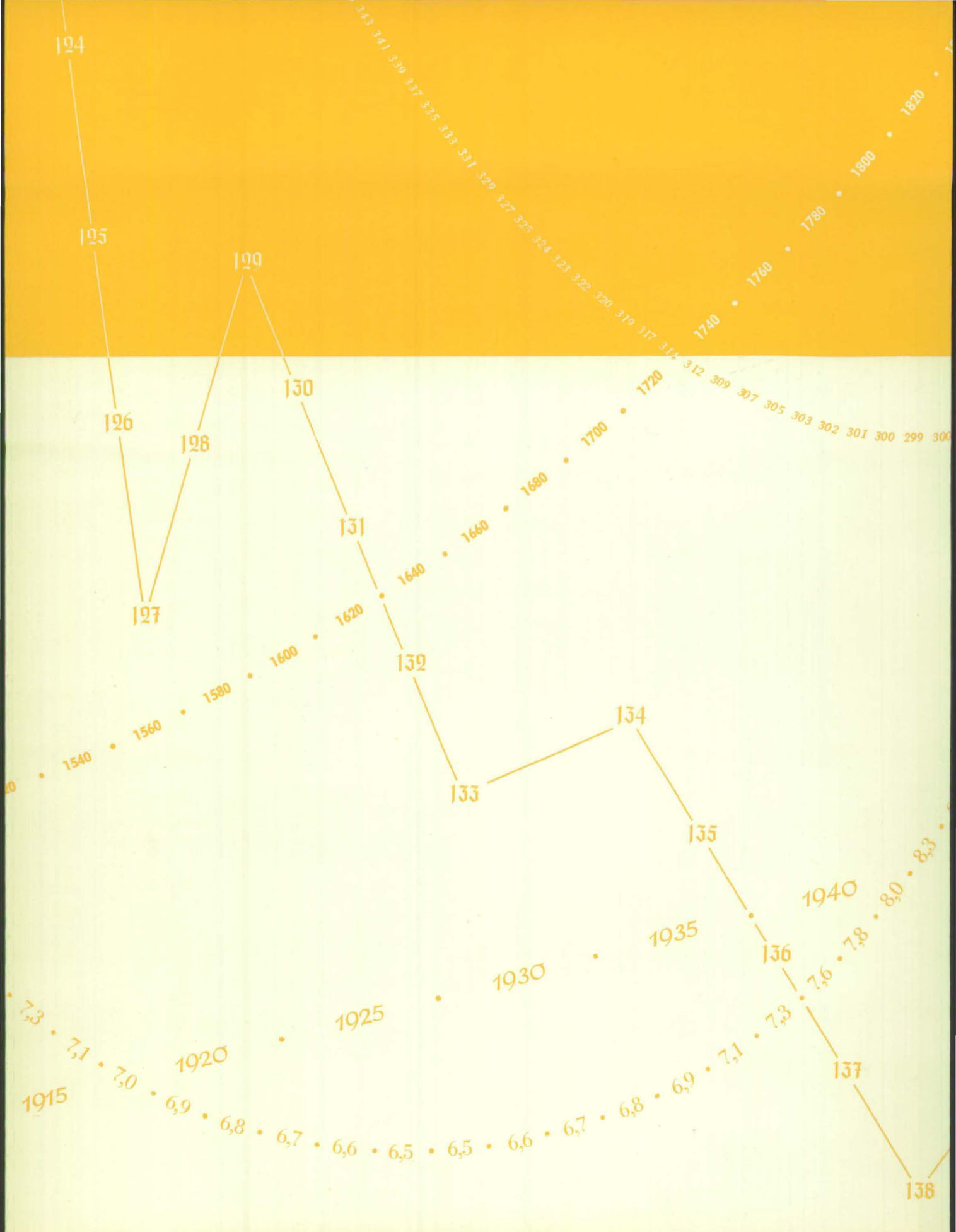
Angabe nach der Bezeichnung des betreffenden Tabellenfaches sinnlos

... = Zahlenwert noch nicht bekannt

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · B

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil A enthält folgende Darstellungen: Bevölkerung (Bevölkerungsstand, Geborene und Gestorbene); Beschäftigte Arbeiter, Angestellte und Beamte; Arbeiterverdienste; Preisindex für die Lebenshaltung im Bund; Steueraufkommen; Kreditvolumen.





Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Mühlenweg 166, Fernruf: Kiel 4 3602
 Schriftleitung: Dipl.-Psych. Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Dipl.-Volksw. Lieselotte Korsdhey
 Druck: Offsetdruck Graphische Werke Germania-Druckerei Kiel
 Bezugspreis Einzelheft 2,50 DM, Vierteljahresbezug 7,- DM, Jahresbezug 20,- DM

- Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet -

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke, Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen